

Breslauer Zeitung.

Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühren für den Raum einer sechsteiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 24. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 92. Mittag-Ausgabe.

Sechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 24. Februar 1879.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

8. Sitzung vom 22. Februar.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: v. Bülow, Hofmann u. A. Der mit Oesterreich geschlossene Vertrag, betr. die Aufhebung des Art. 5 des Prager Friedens ist dem Reichstage zur Kenntnissnahme mitgeteilt. Die erste Berathung des Handelsvertrages mit Oesterreich wird fortgesetzt.

Abg. Debelhäuser: Nicht die Handelsverträge darf man für die jetzige traurige Lage der Industrie verantwortlich machen, sondern nur die einseitige Herabsetzung der Zölle von Seiten Deutschlands. Ich bebaue diese Herabsetzung, denn schon 1873 befanden wir uns in einer Krise, die nach oben drängte und alle Grundlagen der Industrie verlor. In einer solchen Krise ist es nicht gut handelspolitische Maßregeln von Bedeutung und für eine lange Zeitdauer zu treffen; aber ebensowenig ist die gegenwärtige Krise geeignet, umfassende und auf normale Zeiten berechnete Tarifrevisionen vorzunehmen. Ich beklage die einseitige Herabsetzung des Eisenzolles, denn es ist viel leichter, einen Notheisenzoll von 50 Pf. beizubehalten, als einen neuen Zoll von 25 Pf. einzuführen. Ich will aber gleich constatiren, daß ich trotz dieser Bedenken für einen solchen Zoll stimmen werde. Wer die Handelspolitik anlagte als die Ursache alles Unheils, spricht damit zugleich aus, daß handelspolitische Maßregeln die Noth heilen können. Wir sind aber dem Lande offenheitlich schuldig, wir müssen es aussprechen, daß die Gründe der Nothlage andere, und zwar solche sind, gegen die wir nichts machen können. Bei der in Oesterreich herrschenden wirtschaftlich-reactionären Strömung war augenblicklich nichts weiter zu erlangen, als der vorliegende Vertrag; die Zollpolitik, welche die Zollstrahlen wieder aufzurichten will, hat damit einen ersten traurigen Triumph gefeiert. Es ist gesagt worden, wir müßten, um wieder zu einem Vertragsverhältnis mit Oesterreich zu gelangen, erst unsere Zölle hinaufschrauben, um auf Oesterreich einen Druck ausüben zu können. Vor dieser Ansicht möchte ich entschieden warnen; denn was aus Oesterreich zu uns kommt, sind größtentheils Rohproducte oder Halbfabrikate, welche unsere Industrie braucht und die wir nicht vertheuern dürfen.

Als in den schützöllnerischen Zeitungen zuerst der Satz aufgestellt wurde, daß wir erst alle Zölle herausheben und dann von diesem Standpunkt aus mit den anderen Staaten verhandeln müssen, um so auf einmal zum Freihandel zu gelangen, da lachte man zuerst darüber; aber man soll heute über nichts mehr lachen; der Satz wurde festgehalten und jetzt wird man schon als Verräther an der Vaterländischen Industrie beschrien, wenn man ihm nicht beitrifft. Lachen soll man nicht darüber, aber beklammern muß man diesen Grundsatze. Mit einer Erhöhung unserer Zölle erreichen wir nichts, denn wir können die Zollerhöhungen doch nicht bloß Oesterreich gegenüber feststellen, sondern müssen sie dem ganzen Auslande entgegenstellen; könnte man die österreichische Ausfuhr allein treffen, so wäre vielleicht eine Einwirkung möglich. Der wichtigste Einfuhrartikel aus Oesterreich ist das Getreide; mag man den Zoll dafür noch so hoch ansetzen — und die Phantasien schwebeln ja förmlich in hohen Sphären — wir werden das Getreide aus Oesterreich beziehen, weil wir es brauchen; der Import wird nur um die Quantitäten vermindert werden, welche nach Steititz gingen, um von dort mit deutschem Getreide vermehrt nach Amerika ausgeführt zu werden; dieses Getreide wird dann vielleicht über Fiume oder Trieste direct nach Amerika gehen. Daß die ungarischen Getreideproduzenten den Zoll bezahlen würden, bezweifle ich, denn trotzdem ich mich lange Zeit im Handel bemegt habe, ist mir bis heute noch nicht bekannt geworden, daß eine solche Usance im internationalen Verkehr besteht. (Heiterkeit.) Haben Kampfzölle jemals bedeutende Erfolge gehabt? Wir haben zweimal diesen scharfsinnigen Versuch gemacht, 1823 Rußland gegenüber mit Getreidezölle, und 1846 Frankreich gegenüber, wo die Zölle für Pariser Artikel, Franz-Branntwein, Handische u. c. erhöht wurden. Einen Erfolg haben diese Maßregeln gar nicht gehabt.

Es geht mit den Kampfzöllen wie mit den Strikes; die Drohung mit Arbeitseinstellung und eine geschickte Unterhandlung ist oft wirksam, aber ein wirklich durchgeführter Strike hat selten einen Erfolg gehabt. So ist es auch bei den Kampfzöllen; was man nicht durch vernünftige Verhandlungen erreicht, ist überhaupt nicht erreichbar, denn man darf nicht vergessen: zum Abschluß eines Handelsvertrages ist immer eine große Strömung erforderlich. Die Verträge der 60er Jahre verdanken ihr Entstehen einer solchen Strömung, damals handelte es sich nicht bloß um den Vertrag mit Oesterreich, sondern um Verträge fast mit allen Culturstaaten, und wesentlich war es Napoleon III. der seinem Lande mit dem Verträge ein reiches Geschenk machte. Wollten wir jetzt mit unserem ganzen Zollsystem experimentiren, nur um Oesterreich zu Concessionen zu zwingen, so böse das mit Kanonen nach Spaken schießen. (Sehr wahr! links.) Ich möchte einen — vielleicht etwas chimärischen Wunsch aussprechen: ich halte es nicht für undenkbar, daß man in naher Zukunft nicht mehr von Staat zu Staat Handelsverträge abschließt, sondern an deren Stelle zu Verträgen kommt, welche alle Culturstaaten umfassen, wovon z. B. der Weltpostvertrag ein glänzendes Beispiel giebt. Warum sollte nicht ein solcher Weltvertrag möglich sein, in welchem z. B. der Nothstoffverkehr ganz freigelassen wird? In diesem Verträge könnte dann auch die Frage der Frauen- und Kinderarbeit international geregelt werden, denn es ist ja bekannt, daß die Concurrenz der Textilindustrie sich auf die verschiedenartigste Weise geltend macht, aber diese Frage schiebt. Was nun das Programm des Reichstages angeht, so kann ich mich mit einer Erhöhung der Finanzzölle einverstanden erklären; die Wiedereinführung aufgehobener oder die Erhöhung bestehender Zölle kann man billigen, wenn für irgend eine Industrie ein Nothstand wirklich nachgewiesen werden kann; in diesem Falle bin ich, obgleich Freihändler, geneigt die Doctrin bei Seite zu lassen. Dagegen ist die Wiedereinführung der allgemeinen Zollpflichtigkeit eine Maßregel von solcher Tragweite, daß der Reichstag selbst, wenn er sich diese Tragweite klar gemacht hätte, sich kaum dafür erklärt haben würde.

In dieser Beziehung ist das Programm des Reichstages einem Waffet zu vergleichen, auf dem allerhand Delicessen aufgestellt sind, und Jeder sucht sich aus, was ihm gefällt. (Heiterkeit.) Viele Industrien haben früher gar nicht an Schutzoll gedacht, jetzt geht ihnen plötzlich ein Licht auf, sie fühlen sich schutzbedürftig. Wenn man aber erst rechnungsmäßig sich dargelegt haben wird, welche Folgen die allgemeine Zollpflichtigkeit hat, so wird man sich gegen sie aussprechen; und in den Zustimmungsdressen kann man auch lesen, daß die Zustimmung mit einem gewissen Widerstreben die allgemeine Zollpflichtigkeit mit in den Kauf nehmen, um nur ihren bestimmten Schutzoll zu erlangen. Aber ich möchte doch den Industriellen sehen, der sich für Getreidezölle begeistert kann! Die Zollbefreiungen, über die man jetzt klagt, datiren nicht erst von 1865. Diese Tendenz ist seit 1821 stets festgehalten bei allen Revisionen des Zolltarifs. Man befreite zuerst die notwendigen Lebensbedürfnisse, dann die Nothstoffe und Halbfabrikate. Vielleicht ist man in den 60er Jahren damit etwas schneller vorgegangen, aber dazu drängten äußere Gründe. Das wichtigste Prinzip unserer Gesetzgebung muß sein die Rücksicht auf die Exportfähigkeit unserer Industrie. Jetzt sind viele Exporte unserer Industriellen nur Nothexporte ohne großen Vortheil. Wenn man durch die allgemeine Zollpflichtigkeit die Production vertheuert, werden diese Exporte ausfallen müssen. Wahrhaft wohlgehaben hat es mir, daß der Abg. Bamberger gestern die altpreussischen Traditionen etwas aufgeschnitten hat. Die alte Bureaukratie hat sich damals nicht imporniren lassen von der lauten Weltumarmung der Interessen. (Hört!) Die Stimmen der Concomitanten haben ihre Vertretung in den Bureauraten gefunden und hoffentlich werden sie auch bei uns eine Vertretung finden. (Beifall.) Wenn das Volk erst zur Erkenntniß der drohenden Gefahr kommen wird, wird sich eine Gegenströmung erheben und zu einer Flut anschwellen, die Herrn von Bismarck nicht ertränken — ich wünsche ihm nichts Böses — aber heimzuführen wird in sein schönes Württemberg (Heiterkeit); diese Flut wird uns dann hoffentlich auch den Steuernamen wiederbringen, der Jahre lang das Schiff so glücklich leitete. (Beifall.) Ich möchte trotz des beständigen Widerstreites der Interessen die Hoffnung auf Verständigung noch nicht aufgeben, aber nach meiner Ueberzeugung ist sie nur

möglich, wenn der Reichskanzler die allgemeine Zollpflichtigkeit aufgibt. (Sehr richtig! links. Widerspruch rechts.) Der große Staatsmann hat gezeigt, daß er seine persönliche Ueberzeugung im Interesse des Staates unterzuordnen weiß, möge er es auch diesmal thun! Ich beneide den großen Staatsmann um seinen wohlverdienten Ruhmestranz, aber um das Blatt, auf welchem die Rückkehr zur allgemeinen Zollpflicht steht, beneide ich ihn nicht. (Beifall.)

Abg. v. Kardorff: Ich freue mich, daß der Redner, dessen sachliche Behandlung der Fragen, die uns hier bewegen, ich gern anerkenne, wenigstens bis zu einem gewissen Grade entschlossen ist, das wirtschaftliche Programm des Reichstages zu unterstützen, und ich glaube, daß mit denen, die seine Meinung theilen, eine Verständigung nicht schwer sein wird. Mit den Deductionen des Abg. Debelhäuser, dem ich für die von ihm gegebene sachliche und ruhige Uebersicht des Inhalts dieses Handelsvertrages dankbar bin, befinde ich mich meist in Uebereinstimmung und erkenne in der großen Reserve, mit der er die bekannte Meißbegünstigungsklausel behandelt hat, eine starke Annäherung an denjenigen Standpunkt, den ich bezüglich dieser Klausel im vorigen Jahre bei der Debatte über den rumänischen Handelsvertrag vertreten habe. In den österreichischen Vertrag wünschte ich sie nicht aufgenommen zu sehen, weil ich Oesterreich uns gegenüber besser gestellt haben wollte, als alle anderen Nationen. Wir sind geographisch und wirtschaftlich so eng an einander angewiesen, tausend Fäden hin und zurück schließen ein so enges Band zwischen beiden Ländern, daß ich sehr ungern alle Vortheile, die ich Oesterreich gern concediren möchte, auch anderen Nationen, deren Beziehungen zu uns nicht so intim sind, zugestehen würde. Ich bedauere auch, daß der Termin dieses Vertrages nicht weiter hinausgeschoben werden könnte. — Der Abg. Bamberger hat gestern gesagt, daß ein Vertrag deshalb nicht zu Stande gekommen sei, weil beide Regierungen die erstliche Absicht, ihn abzuschließen, nicht hatten und so werde es immer bei den Verhandlungen zweier protectionistischer Staaten geben, die sich auf ihren autonomen Tarif stützen. Er verwechselt dabei protectionistisches und prohibitives System. Auf das Letztere mag seine Meinung zutreffen, auf das erstere nicht. Unsere Commissarien werden sich redlich um Concessionen bemüht haben, aber die Oesterreicher haben sich naturgemäß unter Berufung auf ihren protectionistisch gestimmten Reichstag dagegen gestäubt; wenn nun unsere Commissarien mit Kampfmaßregeln drohen, so werden die Oesterreicher erwidern: Wange machen gilt nicht, wir wissen ganz genau, daß hinter Ihnen ein ganz freihändlerischer Reichstag steht und von gleicher Ansicht ist der seit zehn Jahren maßgebende volkswirtschaftliche Congress!

Auch Fürst Bismarck hat sich in diesem Sinn ausgesprochen. So müßten wir uns entweder von Oesterreich den Vertrag diciren lassen oder den heute vorliegenden Vertrag bringen. Ein Vertrag zwischen zwei absolut freihändlerischen Staaten wird uns schwer zu finden sein; soweit es sich nicht um die Abrechnung von Finanzzöllen handelt, werden sie ja ein einziges großes Zollgebiet bilden. Ich wünsche sehr, daß wir Oesterreich gegenüber die möglichste Erleichterung des Grenzverkehrs gewinnen, und ich würde trotz der österreichischen Valuta der Idee einer ganz engen Zollverbindung näher treten, die schon in früheren Jahren erörtert worden ist. Der Abg. Löwe hat schon den Abg. Delbrück darauf aufmerksam gemacht, daß gerade unter seiner Regie die Stabilität des Zollsystems durchbrochen wurde, die unter dem alten Zollverein bis 1865 eine sehr feste war. Im französischen Handelsvertrage wurde nach ein anderes Princip durchbrochen, allerdings vorwiegend aus politischen Gründen, nämlich das Princip der Reciprocität und wenn das Land heute gefragt wird, ob es zu diesen Principien zurückkehren will, dann glaube ich im Hinblick auf die letzten Wahlresultate sicher sagen zu können, daß Sie in der eclaircisten Minorität bleiben würden. (Widerspruch links.) Ich fordere unter Reciprocität nicht die absolute Gleichheit der Zölle zwischen den einzelnen Artikeln, sondern eine allgemeine Gleichartigkeit der Zollgruppen. Die Herren von jener Seite knüpfen ihre Politik sehr geschickt an den hohen ererbten Passus der Thronrede an, sie schreiben den großen Ausschlag, der unmittelbar nach dem Abschluß des französischen Handelsvertrages eingetreten ist, der damals inaugurarischen Zollpolitik zu und bestreiten, daß unsere gegenwärtige Politik irgendwie darauf zurückgeführt werden könne. Sie müssen selbst fühlen, daß dieser Beweis schwach ist. Sie müßten den Beweis anders führen, etwa, daß in Frankreich, das an dem protectionistischen System festgehalten hat, im Gegensatz zu uns, die wir dem Freihandel huldigen, die Verkehrsverweidung eine sehr geringe gewesen ist, und daß müßten Sie mit statistischen Zahlen belegen.

In Frankreich hat aber in denselben Jahren die Verkehrsverweidung riesenhafte Dimensionen angenommen und der französische Export hat pro Kopf der Bevölkerung bei Weitem den englischen übertraf, obwohl in dem letzteren die unendliche Quantität des Zwischenhandels steht. Ich deducire umgekehrt: wenn in allen Ländern, die durch gewaltige Eisenbahnwege einen großen Verkehr haben, gerade in den 60er Jahren sich eine so rapide und bedeutende Steigerung derselben zeigt, so ist in Deutschland daran nicht lediglich unsere Handelspolitik Schuld, sondern eine Menge anderer Ursachen. Der Abg. Bamberger hat sich gestern der wohlfeilen Redewendung bedient, wenn den Protectionisten die Statistik ungünstig wäre, dann wollten sie überhaupt von der Statistik nichts wissen. Unser Minister gegen die deutsche Statistik werden Sie begreifen, wenn Sie sich erinnern, daß dem Reichstag eine Statistik des Eisenimports der Schweiz vorgelegt wurde, welche diesen Import aus Deutschland auf ein Jahr ohne Berechnung des Transitverkehrs aus Belgien und England so hoch besetzte, wie überhaupt der 5- oder 6jährige Eisenbedarf der Schweiz nicht betrug. Dieser später eingetretene Irrthum veranlaßte damals eine Menge wider freihändlerischer Conclusionen für die Blüthe unserer Eisen-Industrie, die dann ins Wasser fiel. Auch in Betreff der neulich vom Director Engel öffentlich angegebenen Zahl, daß der englische Getreideverbrauch von 1840 bis heute von 40 bis auf 250 Pfund pro Kopf der Bevölkerung gestiegen sei, muß ich bemerken, daß darin der gewaltige Verbrauch von Getreide unbegriffen ist, der in England zu Spirituosen verwendet wird, welche letztere wieder einen beträchtlichen Export von England bilden. Ich glaube auch, daß in den 40 Jahren von 1840 nicht wie in den heutigen 250 Pfund der Bedarf für Getränke eingerechnet ist; demnach kann ich zu der Bismarck'schen statistischen Ansicht kein rechtliches Zutrauen fassen. Aber wenn Sie Recht hätten und wenn Sie für uns im Gegensatz zu protectionistischen Ländern in den 60er Jahren eine große Verkehrssteigerung nachweisen könnten, so ist die große Geschäftsausdehnung doch noch kein Beweis für ihre Rentabilität.

Wir müssen aber constatiren, daß in Deutschland trotz der gewaltigen Willkürbenutzungen ein wirtschaftlicher Rückgang stattgefunden hat, den wir nachweisen an der stetig zurückgehenden Bevölkerungszunahme, an den zurückgehenden Einnahmen aus Verkehrs- und Verbrauchssteuern, an den sich verminderten Verkehrsverhältnissen der Eisenbahnen, aus dem fortgesetzten Sinken der Arbeitslöhne, aus dem Rückgang des Wertes für Grund und Boden und aus der stetig wachsenden Arbeits- und Erwerbslosigkeit. Dem gegenüber ist das protectionistische Frankreich von dieser Krise am allerwenigsten berührt worden. Wir leiten diesen wirtschaftlichen Nothstand theilweise aus der bisher von uns befolgten Zollpolitik her. Schuld daran trägt auch das System der Differentialtarife auf den Eisenbahnen, welche durch Importprämien die deutsche Production gegenüber der ausländischen in Nachtheil versetzen; deshalb billigen wir die Idee der Verstaatlichung der Eisenbahnen, deshalb muß eine Aenderung in den Grundfögen unserer Zollpolitik eintreten. Wir müssen in Deutschland einen gewissen Schutz unserer Industrie beanspruchen, weil sie eine jüngere ist als namentlich die Englands und weil wir namentlich in unseren Wasserstraßen und Vicinalwegen um Decennien hinter anderen Ländern zurückgeblieben sind. Die deutsche Industrie bedarf auch eines größeren Schutzes, weil Deutschland an seiner Militärlast sehr empfindlich trägt und an Capitalreichtum England bedeutend nachsteht. Sie tadeln die Wandlung, welche sich in den Ansichten des Fürsten Bismarck vollzogen hat; dasselbe ist aber auch mit dem von Ihnen so hoch geschätzten Herrn Delbrück geschehen. In der in den 60er Jahren zur Berathung des französischen Handelsvertrages berufenen Immediatcommission war dieser Herr das schützöllnerische Mit-

glied, also hat auch er im Hinblick auf seine spätere Wirksamkeit eine Wandlung durchgemacht, seitdem er den Aposteln des Freihandels, den Herren des volkswirtschaftlichen Congresses zum Opfer fiel. Als von uns die Aufhebung der Eisenzölle geplant wurde, war derselbe Hr. Cartwright, dessen Anwesenheit in Berlin ja zu verschiedenen Discussionen in den Blättern Anlaß gegeben hat (Rufe „Post!“), hier, und ich dirirte mit ihm beim Grafen Münster, weil ich erfuhr, daß er gegen Ermäßigung der Eisenzölle — eine Aufhebung hielten die Engländer nicht für möglich — die Aufhebung des Spirituszolles in England, der Exportprämie für den englischen Spirit, offeriren sollte.

Hr. Cartwright, ein sehr liebenswürdiger Gentleman, bestätigte diese Voraussetzung. Am Tage nach dieser Unterredung erzählte mir Graf Münster, daß das preussische Staatsministerium die Aufhebung der Eisenzölle beschlossen habe. Wir gaben der Regierung sofort von der Anwesenheit des Hr. Cartwright und von seinen Propositionen Kenntniß, erhielten aber die betreibende Antwort, die Sache wäre einmal abgehan. Der damals gefasste Beschluß hätte mindestens doch stillri werden müssen. Herr Delbrück, der in diesem Sinne damals operirte, war doch nicht derjenige Herr Delbrück, der in den 60er Jahren die schützöllnerischen Gutachten abgab! Es ist mir zugerufen worden: „Post!“; in einem specifisch schützöllnerischen Blatte, der „volkswirtschaftlichen Correspondenz“ ist ein Interview des Hr. Cartwright veröffentlicht worden, die in der „Post“ weiter verbreitet ist unter Weglassung alles persönlich Verlegenden, namentlich der Anlaß der Bestechung. Diese Verbreitung war aber wichtig, damit das deutsche Volk ein wahres Bild davon erhält, wie man in England über diese Fragen denkt. Ich komme oft in den Verdacht, schützöllnerische Artikel für die beiden genannten Organe zu verfassen. Ich erkläre ein für alle Mal, daß, sobald solche Artikel persönliche Angriffe enthalten, dieselben weder von mir direct verfaßt noch inspirirt sind. Wenn ich persönliche Angriffe für nöthig halte, so unterschreibe ich die betr. Artikel mit meinem Namen. Ich bedauere, daß in dem Artikel der „volkswirtschaftlichen Correspondenz“ Herr Cartwright supponirt worden ist, er habe eine Bestechung aus dem reichen Fonds des Cobden-Clubs versucht. Ich würde auch nichts dabei finden, wenn überzeugte Anhänger des absoluten Freihandels sich aus dem Fonds des Cobden-Clubs für ihre literarischen Bemühungen ein Honorar zahlen ließen; mir ist neulich selbst ein Honorar für einen Artikel zugeschiedt worden, das ich allerdings abgelehnt habe, Bestechung ist dafür ein trauriges Schimpfswort.

Herr Bamberger hat von den 70jährigen Traditionen unserer Handelspolitik gesprochen; wird sich das deutsche Volk wirklich noch mit solchen Redewendungen fangen lassen? Konnte von 1802 bis zur Gründung des Zollvereins der herrliche und zerkübelte preussische Staat überhaupt eine rationale Zollpolitik treiben? Müßte man nicht damals an die Erfahrungen Friedrich des Großen mit der Einrichtung seiner Douane denken, die ungemainen Zollpladereien und Verlehrungsstörungen und ungeheuren Schmutz im Gefolge hatte? Wo befinden sich die 70jährigen Traditionen des Abg. Bamberger in der bedeutenden Schutzperiode der 40er Jahre? Der Zollverein hatte auch ganz andere Aufgaben als das Deutsche Reich. Der Zollverein konnte das Tabakmonopol nicht einführen, weil ihm die einheitliche Verwaltung fehlte. Der Abgeordnete Bamberger hat gesagt, die protectionistischen Ideen wären nichts als französischer Import. Warum soll dieser schlechter sein als der englische Freihandels-Import? Wenn der Abg. Bamberger sich darüber wundere, daß von den Commissions-Berathungen absolut noch gar nichts bekannt geworden ist, so sollte er als gewiegter Kaufmann doch wissen, daß im anderen Falle die allerwidrigste Speculation veranlaßt wäre. Die Commission würde mit Veröffentlichungen gewissenlos gehandelt haben. Die Ansichten der Landwirthe über die Getreidezölle sind sehr getheilt; die einen befürchten davon eine mögliche Störung des Getreidehandels, sie wollen nur die Bebozuzung des ausländischen Getreides durch Befestigung der Refectien der Differentialtarife fortsetzen und glauben dann, die Differentialtarife entbehren zu können. Ich bin dieser Meinung nicht. Der Getreide-Importeur wird allerdings durch einen Getreidezoll geschädigt, doch können wir uns dadurch nicht abhalten lassen, eine Maßregel zu Gunsten unserer Getreidebauer zu treffen. Ich kann auch nicht zugeben, daß die Getreidezölle eine allgemeine Theuerung hervorgerufen, alle Kornhändler, mit denen ich darüber sprach, haben das zugegeben.

Die Getreidezölle werden auch dazu dienen, die directen Steuern zu entlasten, und so wird die ganze Bevölkerung an dieser Wohlthat theilnehmen. Ich bin für Getreidezölle, weil ich darin ein Gegenmittel gegen die unsere Landwirtschaft stark schädigenden Differentialtarife der Eisenbahnen erblicke; ferner weil ich darin das einzig richtige Kampfmittel sehe, um Oesterreich und Rußland zu günstigeren Zollbedingungen für uns zu zwingen. Man sagt, ein solcher Kampfzoll sei unwirksam, nach der Sprache der österreichischen und russischen Presse kann ich das nicht glauben. Es handelt sich bei den Getreidezöllen um das Gedeihen unserer östlichen Provinzen, deren Bewohner auf fargem Boden ihre Existenz suchen würden und nicht, wie der Abg. Lasker meint, Ochsenschäntzen nach Belieben werden können. Grade die kleinen Leute leiden unglücklich unter dem Druck des russischen, galizischen und ungarischen Imports, durch den Getreidezoll werden 400,000 Köpfe jährlich mehr, als bisher in der Landwirtschaft Verwendung finden können. Der preussische Staat ist nur künstlich durch das festeste protectionistische System zusammengeklebt, die starke Bevölkerung hat auf diesem Boden keine Existenzberechtigung; deshalb dürfen wir die Bedingungen nicht ruiniren lassen, unter denen die Bevölkerung geschichtlich herangewachsen ist, wir müssen die Bevölkerung in ihrer bisherigen Beschäftigung erhalten. Wenn die östlichen Provinzen mit ihrer ganz norddeutschen Bevölkerung die ihr fehlende Beweglichkeit besäßen zu industriellen Unternehmungen, wie die anderen Provinzen, dann würden sie sich vielleicht selbst helfen können, dazu sind sie aber zu schwermüthig. Nicht ohne Grund haben deshalb die früheren preussischen Herrscher das leichter bewegliche französische Element in diese Gegenden zu verpflanzen gesucht. Einen Vergleich mit den englischen Kornzöllen muß ich entschieden juridiciren; 40 Prozent ad valorem steht in keinem Vergleich zu einer allgemeinen Eingangszahlung von 25 bis 50 Pfennig. Man muß die Frage nicht principieil aufbauen, sondern praktisch ansehen; die gemäßigten Freihändler und gemäßigten Protectionisten werden sich sicher darüber verständigen.

Der Abg. Bamberger als radicaler Freihändler muß zur Verwirklichung der vom volkswirtschaftlichen Congress seiner Zeit proclamirten Grundföge anders verfahren und er macht deshalb aus einem Angriff des Fürsten Bismarck auf einen Artikel der „National-Zeitung“ geschickt ein Utentat auf die ganze nationalliberale Partei. Die Artikel würden auf mich denselben Eindruck gemacht haben, wie auf den Reichskanzler, wenn ich nicht wüßte, daß der größte Theil der nationalliberalen Partei im Großen und Ganzen entschlossen ist, die wirtschaftlichen Pläne des Reichstages zu unterstützen. Innerhalb der Freihandelspartei ist eine große Wandlung vorgegegangen; die star auf ihrem Standpunkt stehen gebliebenen Führer sind allein geblieben; wir müssen doch einen Versuch machen, der allgemeinen Erwerbslosigkeit entgegen zu treten, wir können doch keine Colonialpolitik treiben, deren Gefahr uns der Abgeordnete Rapp früher so klar dargelegt hat. Deshalb müssen wir den inländischen Arbeitsmarkt vertheuern und das bezweckt das System des Fürsten Bismarck. Das deutsche Volk hat schon entschieden für die Politik des Reichstages trotz der lebhaften Agitation der Fortschrittspartei und der „Bauernbriefe“ des Abgeordneten Richter. (Heiterkeit.) Die Fortschrittspartei hat die Hälfte ihrer Sige verloren, die conservative errentet sich eines erheblichen Zuwachses. Nach 14jähriger Freihandelspolitik dringt das deutsche Volk auf Aenderung dieser Grundföge. Auch Friedrich List, einer der besten deutschen Männer, ist von der Mittelmehrung so geschmäht worden, wie diejenige, die heute die Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck unterstützen und doch zoll ihm das deutsche Vaterland heute dankbare Anerkennung. Ich hoffe, daß auch über unsere Bestrebungen die kommenden Generationen anders urtheilen werden, als unsere Gegner heute. (Beifall rechts.)

Abg. Delbrück: Es ist gestern und heute von mir persönlich so viel die Rede gewesen, daß ich noch einmal in der allgemeinen Discussion das Wort nehme. Ich würde mich nicht einen Augenblick bedenken, von Ansichten, die

ich früher vertreten habe, zurückzukommen, wenn ich diese mit den Interessen des Landes nicht für vereinbar hielt. Es wird mir dies vielleicht leichter sein, als manchem Anderen, weil ich meiner ganzen Anlage und Bildung nach mehr Praxistler bin als Theoretiker. Und ferner möchte ich sagen, daß es zu den schwersten Erfahrungen meiner öffentlichen Wirksamkeit gehören wird, wenn ich genöthigt sein werde, mich von dem Wege zu trennen, den der Reichskanzler für den dem Besten des Landes entsprechenden erachtet. Wenn ich aber selbst einen anderen Weg einschlagen habe, so wird dies in keiner Weise der tiefen Verehrung Eintracht thun, die tiefe Verehrung bewundern, die ich für den Schöpfer unserer nationalen Einheit begehrt habe, hege, und, wie ich glaube, mein ganzes Leben begehren werde. Der Vortredner hat anzuführen gesucht, daß vor Gründung des Zollvereins Preußen gar keine Handelspolitik haben konnte, wegen der Zerissenheit seines Gebietes. Preußen hat aber eine solche in der That gehabt. Der Tarif von 1818 oder 1821 war eine große handelspolitische That, in einer Zeit, wo die Zolltarife fast sämtlicher größerer Staaten von Einfuhrverboten starrten. Dieser Tarif stellte an seine Spitze die Zulassung der Einfuhr jeder fremden Waare mit Ausnahme der wenigen Monopolgegenstände und ging auch mit einer wesentlichen Ermäßigung der Sätze in den Zollverein über. In den vierziger Jahren trat die von dem Vortredner hervorgehobene Reaction ein. Es wurde das bis dahin zollfreie Koblenz mit Eingangszoll belegt; der Zoll für Baumwollengarne wurde erhöht und ein Zoll für leinere Maschinenorgane eingeführt; einzelne Leinen- und Wollenwaaren erlitten eine Zollerböhung. Mit den fünfziger Jahren begann eine nach anderer Seite hin laufende Strömung. In dem alten preussischen und Zollvereinstarif wie in denen aller Nationen war grundsätzlich jede eingehende Waare, besonders auch die Mehrzahl der Rohstoffe und Fabrikationsmaterialien zollpflichtig.

Die mächtige Abgabe brachte eine ganz ansehnliche Einnahme; sie wurde von dem Fabrikanten vorgezogen und von Consumenten aufgebracht, ohne daß es viel gemerkt wurde. In der Mitte der 40er Jahre merkte man zuerst in England das Schädliche dieses Systems, bestehend in einer Belastung der Ausfuhr nach dritten Ländern, wo die im Inlande aus zollpflichtigem Material gearbeitete Waare theurer wurde. Bei der Eigenthümlichkeit der englischen Conjunctionsverhältnisse war man dort zuerst darauf bedacht, die Industrie von diesen Zöllen zu entlasten. Im Zollverein kam man später zu dieser Ueberzeugung. Wir können nun in Deutschland ohne eine exportirende Industrie einfach nicht leben. (Hört! — Sehr richtig! links.) Wir brauchen außerordentlich große Summen, um die fremden Rohstoffe auch für die im Innern verbrauchten Waaren, und, wie die Dinge jetzt liegen, das Getreide zu bezahlen. In einer von dem gründlichen und vorzüglichen Statistiker Dietrich für den Zollverein aufgestellten Handelsbilanz aus den letzten 30er Jahren figuriren unter der Verbrauchsseite, also auf der Creditseite für den Zollverein, Getreide, Holz und Wollen mit 25 Procent der Gesamtsumme. Seitdem sind diese drei Artikel auf die Debetseite übergegangen. Deshalb wohl folgten die Zollvereinsregierungen dem Beispiel Englands durch Beseitigung resp. Ermäßigung der Einfuhrzölle auf Fabrikmaterialien. Dies geschah allmählig von 1851 bis 1861, so daß es in der öffentlichen Meinung weniger Effect macht, als wenn es in einem Geleze geschehen wäre. Bis zum Anfang der 60er Jahre wurden die meisten Materialien der Textil-, der chemischen und viel kleinere Industrien vom Zoll befreit und der Getreidezoll auf eine Controlabgabe heruntergesetzt. Zur selben Zeit wurden die Durchgangsabgaben aufgehoben, nicht einer Theorie oder den schönen Augen unserer Nachbarn zu Liebe, sondern weil man zu der Ueberzeugung gelangt war, daß die Durchgangszölle gegenüber den concurrirenden Verkehrsstrafen anderer Länder und des Zollvereins selbst nicht mehr zu halten waren.

Die bereits seit 18 Jahren aufgehobenen Durchgangszölle waren das allercomplicirteste Stück in dem ganzen Zollsystem des Zollvereins. Es war ein System, welches keine Analogie jetzt noch findet in den Differentialtarifen der Eisenbahnen. Es konnte natürlich nicht die Rede davon sein, daß für eine Waare, die aus Oesterreich durch Bayern nach Tirol geht, oder die aus Oesterreich durch Bayern nach der Schweiz geht, derselbe Durchgangszoll erhoben werden konnte, wie für eine Waare, die aus Oesterreich nach Hamburg ging. Das war einfach nicht möglich, weil sie allerdings den Weg durch Bayern nicht genommen haben würde. Es wurde deshalb für Bayern nicht bloß ein Ausnahmszoll, sondern mindestens sechs Ausnahmsätze für die verschiedenen Routen bestimmt. Diese Verhältnisse waren namentlich bei der Entwicklung des Eisenbahnverkehrs ganz unträglich und unmöglich, und bestimmten die Zollvereinsregierungen endlich, die Durchgangszölle aufzuheben. Der Vertrag mit Frankreich vollendete das System der Aufhebung der Eingangsabgaben für Fabrikmaterialien und Lampen. Wenn man indessen den Tarif von 1855 mit dem von 1860 in dieser Beziehung vergleicht, so wird man einen so gewaltigen Unterschied zwischen beiden nicht finden. Der Tarif von 1855 brachte nur eine mit vollem Bewußtsein von Anfang der fünfziger Jahre geleitete Politik zum Abschluß. Der Wegfall der allgemeinen Eingangsabgabe war nach Allem, was vorhergegangen war, gar keine That mehr. Der Tarif von 1865, der erste vollständige Tarif, den der Zollverein machte, war darauf angelegt, daß alle Waaren unter irgend eine allgemeine Rubrik classificirt werden könnten, und nachdem dies gelungen war, blieben, nach sorgfältiger Prüfung aller Waarenverzeichnisse, 4 Artikel übrig, von denen anzuerkennen war, daß sie eigentlich unter keine Kategorie gehörten. Ich erinnere mich nur eines dieser Gegenstände, die anderen waren aber ungefähr gleicher Kategorie. Es giebt gewisse Bilderbogen, auf denen Vögel mit wirklichen aufgestellten Vogelfedern dargestellt werden. Dieser Artikel war unter keine der bestehenden Tarifpositionen zu subsumiren; man hielt es auch für kein großes Unglück, ihn zollfrei zuzulassen. Nun komme ich zu dem eigentlichen Gegenstande des Vertrages mit Frankreich zurück.

Ich bemerke, — und Sie werden sehen, daß ich mit dem, was der Reichskanzler gestern gesagt hat, keineswegs in Widerspruch stehe, — es war bei diesen Verhandlungen ein politischer Gesichtspunkt nicht leitend. (Hört!) Es waren bei diesen Verhandlungen hauptsächlich zwei Gesichtspunkte leitend, einmal der sehr nahe liegende, daß es darauf ankam, der deutschen Industrie auch auf dem französischen Markte diejenige günstige Behandlung zu erwirken, welche Frankreich den Erzeugnissen Großbritanniens zugestanden; der zweite Grund war die bei der preussischen Regierung eingewurzelte Ueberzeugung, daß eine Revision des Zolltarifs absolut notwendig sei. Die preussische Regierung hat sich seit dem Jahre 1854 auf allen Generalconferenzen vergeblich bemüht, eine Ermäßigung der Zollvereinstarife, namentlich für Eisen, herbeizuführen. Sie scheiterte an der Nothwendigkeit aller Uebereinstimmungen, die ich heute allerdings als etwas Vorzügliches habe rühmen hören. Preußen erwog in der Zwischenzeit, ob es nicht den Vereinsregierungen einen ganz neuen Tarif vorlegen sollte. Die erwähnte Immediatcommission wurde nicht eingesetzt zum Zweck eines Programms für den Vertrag mit Frankreich, sondern in den Jahren 1855 und 1856, als man an diesen noch nicht dachte. Sie ging hervor aus der Initiative Friedrich Wilhelm IV., der persönlich lebhaft von der Nothwendigkeit einer Ermäßigung des Zollvereinstarifs mit Frankreich durchdrungen war. In dieser Commission mußte ich mich nach den Instructionen meines damaligen vorgelegten Ministers gegen diesen Schritt aussprechen, weil von anderen Seiten zu weit gehende Vorschläge für die Ermäßigung gemacht wurden und weil hauptsächlich damals daraus nur eine allgemeine Bestimmung aller Zollvereinsregierungen gegen die preussische gefolgt wäre. Dieser Schritt ist auch dann nicht geschehen. Als wir die Verhandlungen mit Frankreich begannen, hielten wir zugleich die Revision des Zollvereinstarifs für nöthig und ließen die Zollvereinsregierung darüber keinen Augenblick in Zweifel.

Wir berichteten ihr nach jeder der drei Lesungen umfassend, und führten gleich im ersten Bericht aus, daß der auf dem alten preussischen beruhende Zolltarif, der einst sehr wohlthätig, nach den im übrigen Europa erfolgten Veränderungen nicht mehr zu halten sei. In England und Oesterreich war die Zollgesetzgebung verändert und in Italien der Zoll niedriger als der im Zollverein geltende. Auch die Zwingburgen des alten Abschlußsystems, Frankreich und Belgien, waren im Begriff, zu einem freieren System überzugehen. Von dieser innerlich begründeten Bewegung sich fernzubehalten, wäre für den Zollverein nur verberblich gewesen. Diese unsere Ansicht wurde damals von sämtlichen Vereinsregierungen getheilt. Später gingen die Ansichten nur über das Maß dessen auseinander, was durch den neuen Tarif zu erlangen sei. — Mit dem Moment des Abschlusses des Vertrages mit Frankreich wurde die Situation politischer. Die damalige österreichische Regierung hielt es für zweckmäßig, gegen diesen Vertrag einen regelrechten Feldzug zu eröffnen, gegen den wir uns zu verteidigen hatten. Ich betone das ausdrücklich nochmals, um zu constatiren, daß zwischen dem, was ich jetzt sage und dem, was der Reichskanzler gestern gesagt hat, keinerlei sachliche Verschiedenheit besteht. Er hat von dem Zeitpunkt gesprochen, wo er in den bereits eröffneten politischen Kampf eintrat, ich habe mich zunächst mit dem Zeitpunkt zu beschäftigen gehabt, wo ein solcher Kampf noch nicht ausgebrochen und uns sehr fern war. — Die Zölle, die wir in dem Vertrage von 1862 an Frankreich zugestanden haben und die in den Tarif von 1865 übergegangen sind, haben damals in den Kreisen der Begeisterten mancherlei Bedenken gefunden, die aber in dem Maße geschwunden sind, als der Vertrag zur Ausführung und Vollziehung kam. Ich will jetzt

mit einigen Worten auf die Resultate des Vertrages hinweisen, und zwar sollen die Zahlen, die ich mittheilen werde, den Durchschnitt der 5 Jahre, welche dem Tarif von 1865 vorangingen, also der Jahre 1860—64 begreifen und sodann den Durchschnitt der letzten 5 Jahre, mit Ausschluß des Jahres 1878, also die Periode, welche der Abg. von Kardorff als die Periode des wirtschaftlichen Rückganges bezeichnete.

Im Durchschnitt der fünf Jahre 1860—64 betrug das Einnahmresultat auf den Kopf der Bevölkerung 212,9 Pfg., in den Jahren 1873—76 und im Finanzjahr 177—78 im Durchschnitt 287,73 Pfg., also in der letzten fünfjährigen Periode mehr ziemlich genau 75 Pfg. oder mehr als 33 Pct. der Einnahme vor dem Tarif von 1875. — Nun komme ich auf eine andere Seite des Zolltarifs. Der Abg. v. Kardorff hat der offiziellen Statistik ein generelles Mißtrauensvotum gegeben. Ich darf für mich das Verdienst aus meiner früheren Stellung in Anspruch nehmen, daß ich der Erste war, der auf die Mängel der deutschen Handelsstatistik aufmerksam machte, und größere Sorgfalt darin hervorrief. Früher nun galten die statistischen Zahlen als ein Evangelium, auf das man schwor; jetzt erklärt man sie hier für völlig wertlos. Der Bericht des statistischen Amtes des Reichs weist sehr genau die mangelhaften und die zuverlässigen Punkte der Statistik nach. Hiernach kann die Einfuhr, und noch mehr die Ausfuhr auf Landstrassen — also nicht Eisenbahnen, Flüssen oder Canälen — nur mangelhaft erfasst werden. Aber dieser an sich nicht sehr große Mangel wird durch die Verrechnung internationaler Bahnen und die Abnahme des Grenzüberganges auf Landwegen für andere als unmittelbare Verbrauchsgegenstände corrigirt. Ich beschränke mich also auf solche Zahlen, welche die Handelsstatistik richtig erfassen kann. Man kann nun die Wirkung eines wirtschaftlichen Systems einmal durch die Ausfuhr darthun, wie dies der Abgeordnete Richter gethan. Man hat ihm dabei eingewendet, in den Zahlen, welche die französische Statistik als Einfuhr aus Deutschland mittheilt, sei zugleich die Durchfuhr aus Oesterreich und Rußland enthalten. Das ist thatsächlich nicht richtig. Die französischen Handelsstatistiken weisen die Einfuhr sowohl aus Oesterreich, wie aus Rußland, und zwar die Landeinfuhr getrennt auf; der Transit aus Oesterreich und Rußland nach Frankreich steht in den Zahlen nicht, welche die französische Handelsstatistik als Einfuhren aus Deutschland nachweist. (Hört!)

Es ist unzweifelhaft ein Maßstab für die wirtschaftliche Thätigkeit eines Landes, wenn Rohstoffe zur Fabrication in erhöhtem oder geringerem Maße eingeführt werden. Ich will aus den Jahren von 1860—1864 und 1873—1877 die für den Eingang von Baumwolle, Flach und andere vegetabilische Spinnstoffe außer Seide und Wolle maßgebenden Zahlen gegenüberstellen. In der ersten Periode ist bei Baumwolle auf 100 Köpfe berechnet 304 Pfund, in der zweiten Periode 603 Pfund; Wolle in der ersten Periode 86, in der zweiten 181 Pfund. Diese Zahlen sprechen für sich selbst und sprechen nicht für einen vom Tarif von 1864 zu datirenden, wirtschaftlichen Rückgang. (Sehr richtig!) Es wird ferner ein Symptom der wirtschaftlichen Lage eines Landes sein, wenn gerade Gegenstände des unmittelbaren Gebrauches in ihrer Einfuhr ab- oder zunehmen. Ich will hier nur zwei Gegenstände nennen: Kaffee und Wein. Von Kaffee betrug die Eingangszollverteilung in der ersten Periode auf 100 Köpfe 392 Pfund, in der zweiten, trotz einer Erhöhung des Zolles, 466 Pfund; von Wein in der ersten 63, in der zweiten 319 Pfund. Bezüglich des Weins haben freilich unsere Nachbarn auf dem linken Rheinufer weit mehr zu dieser Vermehrung beigetragen, als wir; aber auch ohne sie wäre die Zahl eine erhebliche gewesen. Der bestehende Nothstand kann also nicht von dem 1865er Tarif herühren. Will man die Erfahrungen der letzten Jahre zum Maßstab für die Beurtheilung der wirtschaftlichen Geschehnisse nehmen, so muß man eigentlich alle denkbaren Systeme verurtheilen, denn es herrschen in dieser Zeit in America das protectionistische, in England das freihändlerische und in Deutschland ein dazwischenliegendes System, und überall sind die gleichen Symptome der Noth. Diese muß also auf allgemeineren Gründen beruhen als der handelspolitischen Gesetzgebung; ob auf den Differentialtarifen der Eisenbahnen, wie der Vortredner meint, will ich, um die Discussion nicht noch mehr zu erweitern, hier nicht erörtern. Darin stimme ich ihm zu, daß wir für den arbeitslosen oder mit geringem Lohn beschäftigten Theil unseres Volkes keinen Abfluß nach Colonien suchen müssen. Ich hoffe, er wird ohne eine gewaltsame Aenderung unserer Handelspolitik bei der zu erhoffenden allgemeinen Besserung der Verhältnisse seine Beschäftigung finden.

Abg. Stumm: Die Art und Weise, wie von freihändlerischer Seite alle möglichen Dinge, die mit dem österreichischen Handelsvertrage in gar keinem Zusammenhang stehen, hier vorgebracht sind, erinnere an das Sprichwort: Qui s'excuse, s'accuse. Die Herren schieben dem Reichskanzler und denen, die auf seinem wirtschaftlichen Standpunkte stehen, das in die Schuhe, was ihnen zur Last fällt. Ich meine die Frage nach der Stabilität unserer handelspolitischen Zustände. Ich habe schon im Jahre 1877 bei Gelegenheit der Ausgleichungsabgabe auf die Beunruhigung hingewiesen, die in den letzten 15 Jahren in solcher Weise plaggegriffen hat, daß kein Industrieller mehr eine Rechnung für die Zukunft machen könne und habe betont, daß die Nation wissen müsse, ob ihre Vertretung gewillt sei, binnen 15 Jahren 5mal die deutsche Handelspolitik vollständig zu ändern. Heute wird uns zugemutet, durch Ablehnung der Regierungsvorlage einen Zustand zu schaffen, in welchem das Ausland neben freier Einfuhr, auch noch durch Ausfuhrprämien begünstigt, zu uns hereinkommen soll. Wenn irgend etwas den schützollnerischen Interessen und Neigungen in Deutschland geient hat, so ist es die Majorität des Hauses von 1877; und wenn Bamberger Recht hat, daß von Frankreich aus die Schutzollidee zu uns importirt worden sind, so glaube ich, daß namentlich durch seine Vermittelung im hohen Hause dies geschehen ist dadurch, daß er den Vertretern des Gegenseitigkeitsstandpunkts im Reichstag die größten Schwierigkeiten gemacht hat. Er war für die Ausgleichungsabgabe, im Gegensatz zum Zollparlament, behauptete, die Deutschen seien in der Fabrication von Gußwaaren nicht so weit vorgeschritten wie die Franzosen und es sei für unseren Nationalwohlstand gleichgültig, ob ein Einwohner von Saarbrücken seine Industrie in Deutschland oder in Frankreich betriebe. Dadurch konnte das Ausland nicht bestrakt werden, uns entgegen zu kommen. Die Herabsetzung der eigenen Zölle, damit alle ausländischen Waaren hereinkommen, während das ganze Ausland nichts von uns herausbekommt, ist nicht mehr Freihandel, sondern Freizöllerei.

Die Freihändler wollen den allgemeinen freien Austausch der Waaren durch Concessionen in den Verträgen herbeiführen. Unsere Regierung konnte aber bei dem Vertrage mit Oesterreich keine Concessionen erlangen, weil sie keine Compensation hatte. Camphausen und Achenbach waren wirkliche Freihändler und haben 1877 das einzige Mittel des Freihandels gezeigt, indem sie die Spitzen abbrachen, die ein richtiges Princip ad absurdum führen konnten und Bamberger hat dies am besten bezeugt, indem er sagte, Camphausen sei in ihn gedrungen für Kampfzölle zu stimmen, weil sonst der Freihandel nicht durchführbar sei. Ich bin selbst nicht einfach ein Freund der Schutzöllerei. Ich werde nicht irgend eine Maßregel das Wort reden, weil sie von List oder Carey gebilligt wird, sondern ich nehme aus beiden Systemen die richtigen Grundzüge und suche sie auf die praktischen Verhältnisse anzuwenden. Wir haben mit Rücksicht auf die concreten Verhältnisse unseres Landes selbst extreme Forderungen bewilligt, die von dem Schutzöllprincip entschieden abwichen. Man muß eben auf die Verhältnisse jedes einzelnen Landes Rücksicht nehmen und ein großer principielle Standpunkt auf diesem Gebiete ist nicht zu rechtfertigen. Ich wünsche daher, daß wir Jeden nicht geradezu idiosyllagen, aber doch aus unseren Vereinigungen so weit möglich ausschließen, der mit dem Schlagworte Schutzöllerei kommt. Wenn wir zum Wohl der Nation ein Jeder von unseren Principien etwas nachgeben, wie Deckelkäufer dies gethan, so werden wir zu einem praktischen Resultat kommen und alle im Volke und im Reichstag verbreiteten dunklen Vorstellungen zerstreuen. Dann wird auch die wirtschaftliche Debatte den ihr jetzt eigenen heftigen und gefährlichen Ton verlieren. Wir dürfen allerdings nicht so vorgehen, wie man es im preussischen Abgeordnetenhaus bezüglich der Eisenquete that, deren Mitglied zu sein ich die Ehre habe.

Der Abg. Richter hat ja vorgestern die Frage etwas schärfener berührt, schärfer, als ich von ihm gehört war. (Heiterkeit.) Der Abg. Bamberger ist schon etwas weiter gegangen, indem er erklärte, die Commission sei in einer Weise zusammengestellt gewesen, daß man mit derselben ein bestimmtes Programm durchzusetzen hoffte. Im preussischen Abgeordnetenhaus und in der Presse ist diese Behauptung in noch viel schärferer Weise hervorgetreten, und wenn auch dort der Abg. Serlo bereits eine Verichtigung hat eintreten lassen, so ist dies doch bei der allzusehr ausgesprochenen Höflichkeit dieses Herrn nicht mit der wünschenswerthen Energie geschehen. Sachliche Angriffe gegen das, was die Commission gethan hat, konnten von keiner Seite erhoben werden, es handelt sich bei der ganzen Angelegenheit nur um persönliche Verdächtigungen. Man hat es zunächst dem Vortredner der Commission verdächt, daß er den Vorschlag angenommen hat, obwohl er vorher in einem vertraulichen Briefe schon seine Ansicht von der Nothwendigkeit der Wiedereinführung der Eisenzölle mit Rücksicht auf die moralische Wirkung derselben ausgesprochen habe. In diesem Briefe ist ausdrücklich hinzugefügt, daß der Schreiber selbst einen praktischen Werth für die Eisenindustrie von den Zöllen nicht erwartet. Unter allen Personen, die nur einige Kenntniß von der Eisenindustrie haben, hätte man sicherlich Niemand finden können, der einen weniger schützöllnerischen

Standpunkt eingenommen hätte, als diesen. Aber selbst wenn dem nicht so gewesen wäre — sind die Vorstehenden unserer parlamentarischen Commissionen, ist der hochberehrte Präsident dieses Hauses etwa vollständig losgelöst von jeder politischen und wirtschaftlichen Meinung? Was wir verlangen und an unserm Präsidenten so sehr bewundern, ist ja gerade, daß er trotz seiner entschiedenen politischen und wirtschaftlichen Anschauungen die wichtigsten Geschäfte in der unparteilichsten Weise leitet.

Weisen Sie Herrn Serlo nach, daß er nicht unparteiisch gewesen ist und in irgend einem Punkte seine persönliche Ansicht in parteilicher Weise in die Sache hineingetragen habe! Das würde ein berechtigter Vorwurf sein; aber die Beschwerde, daß er überhaupt eine Ansicht über die Sache gehabt hat, ist absolut grundlos; sie hätten sich sonst einen Vortredenden vom Monde herunterholen müssen. Ich kann mir diesen Vorwurf des Abg. Richter nur dadurch erklären, daß er vielleicht selbst darauf geredet hätte zum Vortredenden der Commission ernannt zu werden. Indessen würde nicht Jeder den Abg. Richter für objectiv in dieser Beziehung halten, und andererseits kann man es der Regierung nicht verdenken, wenn sie ein Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses seiner segensreichen Thätigkeit zu entziehen unterließ. (Heiterkeit.) Der Abg. Bamberger hat gestern den Vorwurf erhoben, daß die Commission in einer ganz tendenziösen Weise schützöllnerisch zusammengestellt gewesen wäre. Das ist einfach ein Irrthum. Außer dem Vortredenden, der sich durch seinen öffentlichen Brief als ziemlich neutral documentirt hat, gehörten der Commission an zwei Personen, die als schützöllnerisch gelten können: Herr v. Schloer und ich, aber auch zwei Herren, die als freihändlerisch angesehen werden müssen: Herr Meyer und Geheimrath Huber. Der Geschäftsführer der Commission, Dr. Wedding, hat sich öffentlich in wiederholten Vorträgen zu den radicalsten Freihändlern bekannt, und dieses Mitglied hat, obgleich ihm ein directes Stimmrecht nicht zustand, den erheblichen Einfluß auf die Commissionsarbeiten gehabt. (Auf: Er durfte an die Sachverständigen keine Fragen stellen!) Er selbst hat freilich direct keine Fragen gestellt, wohl aber hat der Vortredende der Commission die von Dr. Wedding aufgestellten Fragen den Sachverständigen vorgelegt.

In dieser Beziehung hat also eine Majorisirung nicht stattgefunden, in dubio waren die Vortheile sogar auf Seiten derer, die auf freihändlerischer Seite stehen. Alle erheblichen Beschlüsse sind einstimmig gefaßt worden. Nur in der Frage, wie der Bericht über die Verrechnung der Sachverständigen an den Bundesrath abgefaßt werden sollte, hat die Majorisirung stattgefunden. Während ich mich gegen eine einfache Zusammenstellung der Aussagen der Sachverständigen erklärte, weil die Sachverständigen theils Fallsbesitzer, theils Wichtige angefaßt haben könnten, beschloß die Mehrheit der Commission lediglich eine solche Zusammenstellung abzufassen; es wurde auf diese Weise die freihändlerische Ansicht entschieden in die Mehrheit verfest. Gestatten Sie, daß ich jetzt auf die Frage der Auswahl der Sachverständigen etwas näher eingehe. (Präsident von Nordenbed fürcht, daß dies zu weit von der Sache abführen würde.) Wenn ich die Angriffe, die in der Presse und im Abgeordnetenhaus gegen die Commission gemacht worden sind, nicht detaillirt vorbringen darf, so muß ich natürlich die Gelegenheit abwarten, bei der ich dies in geeigneter Weise thun kann. Ich constatire aber, daß alle diese Angriffe in noch entschiedener Weise zurückgewiesen werden können, als es bereits von mir in den einzelnen Fällen, die ich berührt habe, geschehen ist. Die Commission hat optimale gehandelt; die Angriffe gegen sie entbehren der tatsächlichen Unterlage und können nur der Tendenz entpringen sein, da man der Commission sachlich nicht zu Liebe gehen kann, sie wenigstens persönlich zu verdächtigen.

Abg. v. Hellendorff: Von unserer Seite ist der Gegenstand bisher rein sachlich besprochen worden. Die Debatte hat sich aber allmählig zu einer Debatte über die gesammte Frage der Handels- und Steuerpolitik erweitert, die uns in nächster Zeit beschäftigen wird. Ich will es nur kurz aussprechen, daß wir unsere feste Stellung zu diesen Fragen darlegen werden, sobald dieselben in fester Form an uns herantreten und wir durch Vorlagen dazu berufen werden. Nur, damit aus unserem Schweigen nicht solche Folgerungen gezogen werden, hebe ich hervor, daß wir aus diesem Grunde heute diese Fragen nicht discutiren, umsoweniger, als die Debatte doch nur mehr oder weniger den Charakter eines Monologs von zweifelhafter Fruchtbarkeit annimmt. (Sehr wahr!)

Damit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt Abg. Richter (Hagen): Ich habe nicht aus Schüchternheit im Allgemeinen die Sache der Enquete-Commission gestreift, sondern weil ich in der That mir nicht getraute, die Aufmerksamkeit des Hauses in solchen Einzelheiten auf die Eisen-Enquete-Commission zu lenken. Ich werde mir vorbehalten, richtig zu stellen, was der Vortredner mir als Angriff untergelegt hat. Es hat bei dieser Debatte durchaus kein persönlicher Angriff vorgelegen, sondern die Debatte im Abgeordnetenhaus über eine Enquete zur Wucherfrage veranlaßte mich, gelegentlich diese Enquete zu stützen, um daran zu zeigen, was bei solchen Enqueten erreicht werden könnte. Darauf ist Herr Serlo bei einer anderen Gelegenheit auf das Verhältniß näher zurückgekommen und die Art seiner Vertheidigung hat es allen Unbefangenen klar gemacht, wie sehr ich bei dieser Sache Recht gehabt habe.

Abg. Stumm (persönlich): Ich habe darauf ganz einfach zu bemerken, daß, wenn ich nach der Einleitung meiner Bemerkungen von dem Präsidenten „zur Sache“ gerufen worden bin, ich die sachliche Widerlegung unterlassen mußte, zu der ich eben geschritten war.

Damit schließt die erste Berathung. In der zweiten, Specialberathung, wird Artikel I genehmigt; zum Artikel II, welcher die Meistbegünstigungs-klausel enthält, bemerkt Abg. Richter (Hagen), daß ein Vertrag mit dieser Klausel ohne Conventionaltarif wenig Vortheil bringe; Italien habe gegenüber dem autonomen Tarife Oesterreichs einige Vortheile erreicht, die uns auch zu Gute kommen, aber sie betreffen Citronen, Mandeln und Feigen, die bekanntlich in Deutschland nicht wachsen (Heiterkeit), also wird Deutschland von dieser Klausel wenig erreichen. Mit Frankreich bestände jetzt auch kein Conventionaltarif, der deutsche Handel sei von den erhöhten Zöllen plötzlich überrascht worden und in große Unsicherheit gekommen.

Abg. Hammacher erkennt diesen Nachtheil an, hofft aber, daß man bald zum Abschluß eines neuen Vertrages mit Frankreich kommen werde.

Staatssekretär von Bülow kann eine bestimmte Antwort im Augenblick nicht geben, hält aber das Zustandekommen eines Vertrages mit Conventionaltarif zwischen Frankreich und Deutschland für unabweislich.

Abg. Richter (Hagen) bedauert diese mangelhafte Auskunft, welche die durch das Bekanntwerden der Projecte des Reichskanzlers geschaffene Unsicherheit noch vermehre (Widerspruch). Noch niemals sei es vorgekommen, daß mehr Geld in der Bank liege, als Noten ausgegeben sind, ein Zeichen, daß die Geschäfte still liegen.

Den Artikel III, nach welchem Ausfuhrprämien, welche über die wirklich gezahlte Steuer hinausgehen, nicht gezahlt werden sollen, wünscht Abg. v. Kardorff stricte durchgeführt; aber thatsächlich werde für Spirit eine solche Prämie gezahlt; die Steuer betrage nur 6 Kreuzer pro Hectoliter, die Vergütung aber 11 Kreuzer.

Abg. Nath Huber erkennt diese Thatsache an, die für den Zuder noch viel mehr zutrefte; der Zustand habe sich aber durch die neueste Gesetzgebung gebessert und die Regierung werde, falls Verletzungen wegen des Artikels vorkommen sollten, ihre Pflicht thun.

Abg. Richter (Hagen) empfiehlt die Beseitigung der Exportprämien überhaupt im Interesse der Finanzlage.

Artikel IV verbietet die Erhebung von Durchgangsabgaben. Abg. Richter (Hagen) bittet um Auskunft, ob es nach Ablauf des Vertrages in der Absicht der Regierung liege, Durchgangsabgaben einzuführen; eine solche Antwort würde zur Beruhigung dienen.

Reichskanzleramtspräsident Hofmann: Es würde viel beruhigender sein, wenn man der Regierung nicht immer weitergehende Pläne zuschriebe, besonders sollte es die Pflicht jedes Abgeordneten sein, sich solcher Uebertreibungen zu enthalten. Die Frage der Uebergangsabgabe ist eine sehr schwierige. (Oh! links.) Wir dürfen im Interesse der freien Hand den anderen Staaten gegenüber in unserer Handelspolitik den Grundsat nicht aufstellen, daß wir Durchgangsabgaben nicht wollen. (Hört!) Eine solche bindende Erklärung würde unsere Stellung den anderen Staaten gegenüber schädigen.

Abg. v. Kardorff hält es für notwendig, daß man mindestens temporäre Durchgangsabgaben freilasse, um auf einen andern Staat eine PreSSION ausüben zu können; z. B. sei der russische Spirit in Hamburg billiger als der deutsche in Folge der Durchgangsfreiheit.

Abg. Richter (Hagen): Nun soll sogar ein einzelner Abgeordneter an der Beunruhigung der Industrie schuld sein. Vor dem Schreiben des Reichskanzlers vom 15. December hätte Niemand an die Möglichkeit von Durchgangsabgaben gedacht. Nachdem dieser Brief in der weitesten Weise verbreitet ist, proclamirt man für die Zolltarifcommission Amtsgeweihe und schon jetzt appellirt der Reichskanzler über unsere Köpfe hinweg in seinen Bauernbriefen an das Volk.

Präsident v. Nordenbed bezieht den Ausdruck „Bauernbriefe“ als nicht in der Ordnung.

Abg. Richter (Hagen): Herr von Kardorff hat ihn mir gegenüber

Präsident von Forderungen: Hätte ich ihn gehört, dann hätte ich ihn gerügt.

Nichter (Hagen): Ich verstehe unter Bauernbriefen Briefe an Bauern. Nachdem diese geschrieben, müssen wir dem Volke klaren Wein einschenken. Nicht um unserer Nachbarn willen, sondern in unserem eigenen Interesse haben wir Durchgabensabgaben abgelehnt, wenn der Kaiser sie jetzt wieder einführen will, so will man eben noch weit hinter 1865 zurückgehen.

Abg. Bamberger: Ich bedauere die Warnung des Reichsfinanzamtspräsidenten, daß wir uns nicht allgemein gegen Durchführbrölle aussprechen sollten, damit diese in Zukunft weiteres Material für Handelsverträge geben. Die Dödelhäuser richtig bemerkt, versteht man den Effect dieser Sicherung des Materials für Handelsverträge, wenn man den Bogen überspannt. Die Kunst, den Gegner in Negotiationen zu überdortheilen, wächst im Allgemeinen mit dem Grade der Barbarei des Staates, der sie anwenden will. Die neueste Zollgeschichte beweist es: je weniger entwickelt die ökonomische Lage eines Staates ist, je weniger er fürchten muß, durch die Erhaltung eines Rechtes, durch die guten Beziehungen die eigenen Angehörigen zu schädigen, desto stärker ist er, wenn er es auf's Letzte antommen lassen will. Spanien hat sich England gegenüber als stärker erwiesen, weil es in der ökonomischen Entwicklung weit unter England stand. Ebenso hat es Italien Frankreich gegenüber gemacht, und ebenso ist es Oesterreich gelungen, uns günstiger Bedingungen abzuwingen, als wir sie von ihm verlangt haben, weil wir auch eine höhere ökonomische Entwicklung haben. Ebenso hat Frankreich, nachdem es gedroht, den zum Theil auf Prohibitionszöllen beruhenden Tarif general anzuwenden, gegen Oesterreich allmählig nachgeben müssen, und das Circular des französischen Handelsministers motivirt in sehr bezeichnender Weise — da man sich immer vorstellt, daß nur das exportirende Land geschädigt wird — die Zurücknahme jener extraraganten Bestimmungen damit, daß die ganze Aberei von Frankreich, die ihr Schiffsbaumaterial aus Oesterreich bezieht und eine Reihe von Industriezweigen, die auf den österreichischen Import angewiesen sind, nicht bestehen könnten, wenn die harten Bedingungen aufrecht erhalten würden.

Zu glauben, daß man durch extraragante Schilderung dessen, womit man drohen kann, einen anderen Staat besiegt, darauf muß man sich von vornherein nicht einlassen. Aber man schwächt sich auch damit, wenn man mit Repressalien droht, von denen Jeder weiß, daß man sie doch nicht anwenden wird. Unter diese Rubrik würde ich die Drohung zählen, daß man keine Durchführbrölle gewähren wolle. Deutschland, im Herzen von Europa gelegen, ist gerade auf diesen Transitstand hingewiesen und mußte schon lange vor Einführung der jetzigen Verkehrsregeln auf solche Durchführbröle verzichten. Wenn Deutschland den Transit seinen Vorschriften unterwerfen wollte, würde dem Ungarn gleichen, der den Fuß auf die Quelle der Donau setzt, damit sie in Wien kein Wasser haben. Das ungarische Mehl, das seiner verschiedenen Natur wegen dem unsrigen keine Konkurrenz gemacht hat, haben wir auf die Häfen des Adriatischen Meeres verweisen und unsere Eisenbahnen dadurch eine Million an Transport genommen. Solche Drohungen, auch wenn sie nicht effectuirt werden, wirken aber immer schädlich. Wenn man dadurch andere Organisationen verurtheilt hat, so wird das so leicht nicht wieder rückgängig gemacht. (Sehr richtig!) Das ist in Triest und Fiume der Fall. Wenn man nicht auch beschuldigt, unsere Negotiationen zu stören, so muß ich doch aussprechen, Deutschland wird nie die Durchführbrölle einführen können, wenn es seine eigenen Interessen versteht.

Beim Art. V beklagt Abg. Möring, daß man die Handelsreisenden mit ihren Kuffen jetzt ungünstiger behandle als früher, während doch Alles beim Alten bleiben sollte.

Abg. Rath Huber: Beschwerden sind noch nicht an die Regierung gelangt, eine ungünstigere Behandlung darf nach dem Vertrage nicht stattfinden.

Abg. Graf Stolberg (Rastenburg) wiederholt seine Bitte, daß man auf eine gänzliche Beseitigung des schlesischen zollfreien Kleinhandelsverkehrs Bedacht nehmen möge.

Art. XV fordert öffentliche Tarife, verbietet geheime Rückvergütungen (Refactionen).

Abg. Nichter (Hagen) erwidert dem Grafen Stolberg auf seine gestrige Bemerkung wegen der Differentialtarife für ausländisches Holz, daß er wohl nur die Bemerkung des Reichsfinanzamts wieder gegeben habe, die im Abgeordnetenhaus schon lange als unrichtig und unwahr dargestellt sei; für ausländisches Holz beständen gar keine Differentialtarife.

Abg. Graf Stolberg bleibt bei seiner Behauptung, daß solche Ausnahmetarife für 400 deutsche Stationen beständen, nach welchen ausländisches Holz um mehr als die Hälfte billiger gefahren würde.

Abg. Nichter (Hagen) bemerkt dem Vorredner, daß er Ausnahme mit Differentialtarifen verwechselt, wie dies mehrfach geschehe, daher entstanden denn auch die großen Klagen ohne jeden Grund.

Abg. Stumm will einen Unterschied zwischen beiden Tarifarten gar nicht geben, während Nichter (Hagen) einen solchen constatirt.

Abg. Hammacher fragt, ob die Regierung dem Reichstage ein Strafgesetz zur Verhinderung der Refactionen vorlegen werde.

Reichsfinanzamtspräsident Hofmann: Diese Frage wird im Eisenbahntarifgesetz, welches in Vorbereitung sei, geregelt werden; auch österreichischerseits wird ein solches Gesetz erlassen werden.

Abg. Lasker spricht die Ansicht aus, daß auch ohne Gesetz die Regierung im Wege der Aufsicht diesen Artikel ausführen könne, was der Reichsfinanzamtspräsident Hofmann bestätigt.

Art. XVII verbietet die Beschlagnahme von Eisenbahnwagen.

Abg. von Stauffenberg beklagt, daß den deutschen Gläubigern der österreichischen Bahnen damit jedes Object zur Execution entzogen sei.

Reichsfinanzamtspräsident Hofmann: Nur gegen diese Concession war der Art. XV wegen des Verbotes der geheimen Refactionen zu erlangen; übrigens wird die Frage des Handrechtes an Eisenbahnen in einem bereits vorbereiteten Gesetz geregelt werden.

Nachdem auch die Abg. Lasker und Bamberger sich dem Abg. von Stauffenberg angeschlossen hatten, wird dieser Artikel sowie alle übrigen Artikel unverändert genehmigt.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Dritte Beratung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages; Gesetz, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln und Genussmitteln; Weltpostvertrag.)

* Wir tragen dem Bericht über die gestrige Sitzung die persönliche Bemerkung des Abg. Nichter (Hagen) nach. „Der Herr Reichsfinanzamtspräsident Hofmann hat die Sache in der That sehr schön gesagt, er hat von der verkehrten Seite, die ich angeschlagen, gesprochen. Ich weiß nun nicht, ob gerade er bei der Konart, die er wiederholt gegen den Charakter meiner Partei angeschlagen, z. B. daß sie zwar das Gute wolle, aber stets das Böse schaffe, ein unbefangener Richter darüber ist. Ich erkläre mir seine Bemerkung nur dahin, daß es ihm bei seiner gesteigerten Machtstellung und seinen wachsenden Erfolgen immer schwerer geworden ist, eine Kritik von Regierungsmahnahmen und Systemen von Angriffen gegen eine Person zu unterscheiden. Ich habe ein abschreckendes, engbrüstiges Urtheil über ihn nicht gefällt, sondern umgekehrt seine Verdienste in der bisherigen Handelspolitik in jeder Weise hervorgehoben. Das mag ihm heute unbecommen sein, es entspricht aber der Wahrheit. Er hat dann gemeint, ich hätte das Datum des Handelsvertrages verschwiegen und das so betont, als ob ich darin absichtlich verfahren. Ich habe erklärt, daß der Herr Reichsfinanzamtspräsident Hofmann geworden ist, nachdem der Handelsvertrag mit Frankreich bereits das Abgeordnetenhaus passiert hatte und dem Herrenhaufe vorlag. Daß er vom Ministerium vorher auch genehmigt worden sei, das hinzuzufügen, hielt ich allerdings nicht für nöthig. Ich habe die Rede des Fürsten Bismarck citirt, die er gehalten hat im Moment, als dieser Vertrag im preussischen Herrenhaufe erschien, und zwar im October 1862, nicht 1863, wie der Herr Reichsfinanzamtspräsident unrichtig wiedergibt. Ich soll ferner gesagt haben, daß er doch nicht so dumm gewesen sei, wie er sich gestellt habe. Aber erst heute hat er uns mit der Erklärung überrascht, daß er damals noch kein wirtschaftliches System gehabt habe, und ich habe umgekehrt auseinandergesetzt, daß, wenn man ihn in der Presse so darstellt, als ob er damals noch nicht recht gewußt hätte, was er wolle, dieses mit seiner Person in thatsächlichem Widerspruch steht. Der Vorwurf endlich, mich an der Abschlagung Campbause's beteiligt zu haben, trifft durchaus nicht zu. Ich sprach an dem bekannten Tage bei der Verhandlung über die Tabaksteuer nicht gegen den Minister Campbause, sondern gegen das Tabakmonopol-Project des Herrn Reichsfinanzamtspräsidenten, allerdings ist es mir damals nicht ganz gelungen, es so abzuschlagen, wie es abgeschlagen zu werden verdient.“

Berlin, 22. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichtsdirector Merz zu Kinteln und dem Baurath Religaeus zu Halberstadt den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, sowie dem Major z. D. Guhr, bisher Bezirks-Commandeur des 2. Bataillons (Musik) 1. Westpreussischen Landwehr-Regiments Nr. 6, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den Ober-Steuerinspector Preuß zu Oppeln und Weder zu Martenwerber den Charakter als Steuer-Rath, den Haupt-Steueramtsrendanten Schellenberg zu Erfurt, Damm zu Pots-

dam und Schinkel zu Hensberg den Charakter als Rechnungs-Rath und den Bureau-Vorsteher für das Expeditions- und Kanzleiwesen bei den Provinzial-Steuerdirectionen, Piton zu Posen und Sauter zu Königsberg i. P. den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichts-Secretär Hoffmann in Guben den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen.

Dem kaiserlichen Consul Ropp in Palermo ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Reichsdienste ertheilt worden.

Dem Lehrer an der königlichen Bau-Akademie hieselbst, königlichen Baurath Hermann Ende, ist das Prädicat „Professor“ beigelegt worden.

Berlin, 22. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahm den Vortrag des Militär-Cabinet's entgegen.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] begab sich gestern Mittag gegen 12 Uhr zur Feier des 100jährigen Geburtstages von Savigny's nach der Universität. (R.-Anz.)

3 [Der General-Feldmarschall Graf Albrecht von Roon] ist Sonntag Mittag gegen 1 Uhr in Berlin gestorben. Was zunächst den Lebenslauf des Verewigten betrifft, so wurde Albr. Theodor Emil v. Roon am 30. April 1803 zu Plessnagen bei Colberg geboren und erhielt seine Ausbildung im Cadettenhause zu Kulm. Am 9. Januar 1821 trat er als Secunde-Lieutenant in das 14. Infanterie-Regiment, besuchte in den Jahren 1825—1827 die Kriegs-Akademie und ward 1831 zum Premier-Lieutenant befördert. Im folgenden Jahre, zum Observations-Corps an der Rhein commandirt, lenkte der junge, intelligente Offizier bald die Blicke seiner Vorgesetzten auf sich; er ward 1834 zum topographischen Bureau, 1835 zum großen Generalstabe commandirt, 1836 zum Hauptmann befördert. In diesem Jahre vermählte sich Roon mit Anna Rogge, der Tochter eines schlesischen Pastors und Schwester des bekannten Berliner Hofpredigers gleichen Namens. Aus dieser Ehe stammen fünf Kinder. Bis 1842 wirkte er als Lehrer an der Kriegsakademie. Nach seiner Beförderung zum Major arbeitete er im Generalstabe des VII., IV. und VIII. Armeecorps, ward 1846 militärischer Begleiter des Prinzen Friedrich Carl und theilte sich 1849 am Feldzuge in Baden als Chef des Generalstabes vom commandirenden General v. Pirschfeld. Im September 1850 wurde er Oberstlieutenant, im December desselben Jahres Commandeur des 33. Infanterie-Regiments, im December 1851 Oberst, im Juni 1856 Commandeur der 20. Infanterie-Brigade und am 15. October 1856 General-Major. Mit dem ihm im Juli 1858 zuertheilten Auftrage zur Abfassung einer „Denkschrift über die Reorganisation der Armee“ verknüpfen sich nun auf das Engste die Geschichte der Reorganisation der Armee, der Constatirung der Kriege mit Dänemark, Oesterreich und Frankreich, der Schaffung des Norddeutschen Bundes und der Wiederherstellung des Deutschen Reiches, an denen allen Albrecht v. Roon einen thätigen Antheil genommen.

Am 22. November 1858 zum Commandeur der 14. Division ernannt, erhielt er am 31. Mai 1859 bei der Mobilmachung der Armee den Rang eines Generalleutnants. Am 2. September desselben Jahres wurde er zum Kriegsministerium commandirt zur weiteren Bearbeitung seiner Vorschläge zur Reorganisation der Armee; am 5. December 1859 endlich wurde er zum Kriegsminister ernannt, nachdem sein Vorgänger General von Bonin wegen constitutioneller Bedenken sein Amt niedergelegt hatte. Neben dieser Stellung übernahm er noch am 16. April 1861 das Marine-Ministerium. Die Constatirung trat ein, die Reorganisation wurde durchgeführt, am 18. April 1864 donnerten die Kanonen vor Düppel. Am 8. Juni 1866 zum General der Infanterie befördert, zog v. Roon mit dem großen Hauptquartier ins Feld, wohnte der Schlacht bei Königgrätz bei und erhielt bei Unterzeichnung der Friedenspräliminarien von Nikolsburg den Schwarzen Adlerorden. Für seine unermüdbare Verdienste um die Waffenbereitschaft und Schlagsfertigkeit des Heeres erhielt er eine Donation von 300,000 Thalern; seine geschwächte Gesundheit erforderte in den Jahren 1867 und 1868 wiederholte Beurlaubungen. Nachdem er seit Mitte des Jahres 1868 den Bundeskanzler in Angelegenheiten des Heeres und der Marine vertreten, wurde er am 14. Februar 1869 zum Bevollmächtigten zum Bundesrathe ernannt. Im Juni jenes Jahres wohnte er der Einweihung des Wilhelmshafens bei, am 14. August 1869 vertrat er den Bundeskanzler auch in allen nichtmilitärischen Angelegenheiten. Während des Feldzuges gegen Frankreich verweilte General v. Roon in der unmittelbaren Nähe des Kaisers; er wohnte den Schlachten von Gravelotte, Beaumont und Sedan bei. Mitten in den Stürmen des Krieges bezug der verdiente General am 9ten Januar 1871 sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum: am Tage des Siegeseinzugs der Truppen in Berlin, am 16. Juni 1871, erhob ihn der Kaiser in den nach dem Rechte der Erstgeburt erblichen Grafenstand. Am 2. März 1872 erhielt er eine abermalige Donation von 300,000 Thalern, nachdem ihm der Kaiser bereits vorher zwei Kanonen und seine Broncebüste zum Geschenk gemacht hatte. Neujahr 1873 wurde er, nachdem er tags zuvor seine Stelle als Marine-Minister niedergelegt, zum Präsidenten des Staatsministeriums ernannt und ihm General-Lieutenant v. Ramecke in der Leitung des Kriegs-Ministeriums beigeordnet. Zugleich ernannte ihn am selben Tage der Kaiser zum General-Feldmarschall und berief ihn in das Herrenhaus. Im Juli 1873 erhielt er zur Kräftigung seiner Gesundheit einen längeren Urlaub; seine wiederholte Bitte um definitiven Abschied erfüllte der Kaiser, der sich nur ungern von dem erprobten Diener trennen wollte, erst am 9. November 1873.

Seit jener Zeit hat sich Graf v. Roon gänzlich vom öffentlichen Leben zurückgezogen; er wohnte zunächst in Gütergog bei Potsdam, später theils auf Neuhof bei Koburg, theils auf Kronitz bei Görlitz. Am 1. Januar 1877, beim siebenzigjährigen Militär-Jubiläum des Kaisers, erschien er zum letzten Male am königlichen Hofe. Der verstorbene Graf v. Roon war ein äußerst begabter, vielseitig gebildeter Offizier, ein treuer Diener seines Königs, ein Militär von echtem Eshrot und Korn. In früheren Jahren literarisch thätig, schrieb er „Anfangsgründe der Erdkunde“, die 12 Auflagen erlebten, „Grundzüge der Erd-, Völkerver- und Staatenkunde“, 3 Bde., „Militärische Länderbeschreibung von Europa“ und Anderes. Sein militärischer Scharblick, sein mannhaftes Eintreten für die Reorganisation der Armee machten ihn dem Kaiser, der in letzterer ja sein eigenes Werk erkannte, lieb und werth; dagegen erregte im Abgeordnetenhaufe sein schroffes Auftreten Anfangs viel Mißstimmung. Ein unparteiisches Urtheil muß es ihm jedoch zugesprochen, daß er sich nach und nach in die parlamentarischen Formen einlebte, daß er in staatsmännischer Weise dem Abgeordnetenhaufe entgegenkam, freilich ohne von seinen Principien auch nur das Geringste zu opfern. Während er die Reorganisation theoretisch vertheidigte, verstand er sie auch praktisch durchzuführen, trotz der großen Schwierigkeiten, die sich ihm entgegenstellten. Mit den großen Ereignissen der letzten zehn Jahre eng verwachsen, wird der Name des General-Feldmarschalls Grafen v. Roon in der Geschichte des deutschen Volkes fortleben.

[Provinziallandtag von Westpreußen.] Des Königs Majestät hat Allergnädigst genehmigt, daß der Provinziallandtag der Provinz Westpreußen zum 18. März d. J. nach der Stadt Danzig zusammenberufen werde.

[Verbote auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878.] Der im Druck und Verlag der vormaligen Grimmshauer Bürger- und Bauernfreund-Druckerei (August Jungbahn) erschienene Aufruf an die Wähler des 14. Wahlkreises. — Der Gesangverein „Sängerlust“ in Heusenstamm.

[Marine.] Er. Maj. Schiff „Prinz Adalbert“ — an Bord Er. Königl. Hoheit Prinz Heinrich — ist einer telegraphischen Nachricht zufolge am 21. d. M. Nachmittags in Lima glücklich vor Anker gegangen.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 23. Febr. General-Feldmarschall Graf v. Roon ist heute Mittag gegen ein Uhr gestorben.

Stuttgart, 22. Febr. Der Landtag ist heute Nachmittags mittelst königlichen Rescripts vertagt worden.

Wien, 22. Febr. Meldungen der „Polit. Corresp.“: Nach einem Telegramm des österreichischen ärztlichen Delegirten, Dr. Wislitzki, aus Jarazin hat sich die internationale ärztliche Commission in drei Gruppen getheilt; die eine begiebt sich nach Weiskanka, die zweite, welcher die österreichischen Aerzte angehören, besucht die Ortschaften des rechten Wolgauer's, während die dritte, aus den ungarischen Delegirten gebildete Gruppe, sich nach den Ortschaften des linken Wolgauer's begibt. Als Zusammenkunftsort für alle drei Gruppen ist Panjanostaja bestimmt, wofür die Aerzte eine 10tägige Observationszeit befehlen werden. — Aus Bukarest: Die rumänischen Truppen haben Arababia vollständig geräumt, obschon von russischer Seite bisher keine Erklärung vorliegt, daß Rußland die Position nicht befehlen lassen werde. Man giebt sich hier der Hoffnung hin, daß die Russen bis zu der von den Mächten getroffenen Entscheidung Arababia als neutral betrachten würden. — Aus Konstantinopel: General Stolypin hat der internationalen Commission in Philippopol mittheilen lassen, daß nach den ihm zugekommenen Informationen zahlreiche weitere Demonstrationen, wie die in Ispiran vorgekommenen, in verschiedenen Orten Ostrumeliens zu gemächtigem seien; zugleich zeigte General Stolypin der Commission die Messerschnitzmesser an, die er getroffen habe. — Ueber die an Mukhtar Pascha in Bredesa zu erlassenden neuen Instruktionen haben neuerdings wiederholt Beratungen auf der Forte stattgefunden. — In Folge der Intercession des serbischen Vertreters Chritics sind mehrere Serben, welche wegen Verdachts einer Verschwörung gegen die Sicherheit des türkischen Staates vor einigen Tagen verhaftet worden waren, in Freiheit gesetzt worden. — Der türkische Gesundheitsrath hat ein telegraphisches Circular an alle Sanitätsverwaltungen der Mittelmeerstaaten gerichtet, worin über die Gesundheitsverhältnisse in der Türkei ausführliche und besriedigende Auskunft ertheilt, auf die Rußland gegenüber getroffenen sanitätlichen Vorkehrungen hingewiesen und dem Befremden darüber Ausdruck gegeben wird, daß man der Türkei gegenüber so strenge Maßregeln ergreifen habe.

Wien, 22. Febr. Die „Wien. Zeitung“ veröffentlicht eine von gestern datirte Ministerial-Berordnung, wonach den aus Bulgarien kommenden Reisenden der Uebertritt auf das österreichische Gebiet nur gegen eine vidimirte Befestigung gestattet ist, daß sie sich 20 Tage vorher in einem seuchenfreien Districte aufgehalten haben. — Die österreichischen Abgeordneten, welche gegen den Berliner Vertrag gestimmt hatten, haben eine Versammlung abgehalten und in derselben einstimmig eine Resolution des Inhalts angenommen, daß die Kosten der Occupation Bosniens, so lange die Frage der Vertheilung der Kosten für die Verwaltung Bosniens auf beide Reichshälften nicht ihre verfassungsmäßige Lösung gefunden habe, auf dasjenige Maß zu beschränken seien, welches sich aus den militärischen Bedürfnissen der Occupationstruppen ergebe. Die Versammlung beschloß, die Resolution sämmtlichen verfassungstreuen Abgeordneten mitzutheilen und denselben die Unterzeichnung der Resolution freizustellen.

Pest, 22. Febr. Der „Pester Corresp.“ zufolge nimmt die Begehung der ungarischen Rente einen befriedigenden Fortgang. Die älteren Lirres dürften mit dem Ablauf dieses Monats placirt sein und die Begehung der neuen dürfte zu Anfang des kommenden Monats beginnen. Die ungarische Finanzverwaltung sei entschlossen, die günstige Disposition des europäischen Geldmarktes zu benutzen, um den zu bedeutenden Geldbedarf durch sorgfältige Rentenbegehung zu beschaffen.

Teplitz, 22. Febr. Unter entsprechenden Feierlichkeiten begann heute Vormittag in Gegenwart des Fürsten Clary, der hier anwesenden Geologen, der Vertreter der Regierung, der städtischen Behörden und einer großen Menschenmenge die Quellenabteufung. Nach der Festrede des Geologen Laube, in welcher derselbe nochmals hervorhob, daß begründete Aussicht auf Wiederherstellung der Quellen vorhanden sei, führte der Bürgermeister Uher im Namen der Stadt die ersten drei Schläge in das Erdreich. Der Ingenieur Sigmondy hat sich dem Gutachten der 3 Geologen angeschlossen; der Sprengschmied Wähler leitet die Abteufung.

Rom, 22. Febr. Der Papst empfing heute eine aus etwa Tausend Personen bestehende, verschiedenen Nationalitäten angehörige Deputation von Vertretern der katholischen Presse, bei welcher sich auch mehrere Bischöfe befanden und nahm von derselben Ergebenheits- und Glückwunschsadressen, sowie Albums und Peterspenningsgaben entgegen.

Rom, 22. Febr. Der Ministerpräsident Depretis hat das Comité der italienischen Besitzer türkischer Werthpapiere empfangen und bei dieser Gelegenheit die Zufage ertheilt, daß er die Rechte der italienischen Gläubiger der Türkei nicht allein in Konstantinopel, sondern auch bei den übrigen Signatarmächten des Berliner Vertrages unterstützen werde.

Versailles, 22. Febr. Die Deputirtenkammer hat ihre nächste Sitzung auf kommenden Donnerstag anberaumt.

Paris, 23. Febr. Das „Journal officiel“ veröffentlicht die Ernennung des Generals Chanzy zum Vorkämpfer in Petersburg an Stelle des Generals Lesd, des Admirals Bochnau zum Vorkämpfer in London an Stelle des Marquis d'Harcourt, des früheren Handelsministers Teissereuc de Vort zum Vorkämpfer in Wien an Stelle des Grafen Bogué.

London, 23. Februar. Ihre K. A. Hoheit die Kronprinzessin des deutschen Reichs hat sich gestern zum Besuche des Herzogs und der Herzogin von Coburg nach Eastwell begeben. — Der Prinz von Wales ist nach dem Continent abgereist. — Der Gouverneur des Kaplandes, Sir Bartle Frere, meldet, daß man gegenwärtig keine Besorgnis in Betreff der Lage Pearson's habe, da derselbe eine starke Position inne habe.

Petersburg, 23. Febr. General Graf Boris-Melissoff meldet aus Jarazin vom 22. d. Mts.: Im Gouvernement Astrachan, in den Wukajew'schen Districten und in den übrigen inscirten Ortschaften sind keine neuen Erkrankungen oder Sterbefälle an der Epidemie vorgekommen. Graf Orloff und der Bevollmächtigte der Gesellschaft des rothen Kreuzes, Bifarelli, sind in Weiskanka eingetroffen und wurden von den Einwohnern mit Jubel empfangen. Heute ist der 31. Tag seit dem letzten Sterbefall an der Epidemie in Weiskanka. Der vor einem Monat aus Odessa hierher entsendete Arzt, Boinalowitsch, ist gestern gestorben. Wie ärztlich constatirt worden ist, erfolgte sein Tod durch in Folge chronischer Nierenentzündung eingetretene Entkräftung.

Warschau, 23. Febr. Im Stande der Wechsel oberhalb Warschau ist neuerdings keine Aenderung eingetreten. Heute soll die Sprengung des Damms stattfinden. Die Ausführung derselben wird erheblich dadurch erschwert, daß die Eisfischhollen bis zum Grunde des Flusses reichen.

Charlow, 22. Febr. Gestern Abend gegen 11 Uhr ist auf den von einem Walle heimkehrenden Gouverneur von Charlow, Fürsten Kravotuin, mit einem Revolver geschossen worden. Der Fürst ist schwer verwundet. Auf den Thäter wird gefahndet.

Triest, 22. Febr. Der Lloydpostdampfer „Venus“ ist heute Vormittag 10 1/2 Uhr aus Konstantinopel hier eingetroffen.

Die Nr. 8 der „Gegenwart“ von Paul Lindau, Verlag von Georg Stille in Berlin, enthält: Nach Genehmigung des Berliner Vertrages. Von Walter Rogge. — Literatur und Kunst: Ein Nachwort zu der Tragödie Nimrod. Von Gottfried Kintel. — „Schein.“ Ein Skizzenbuch in Versen von Carl Hoff. Besprochen von Paul Lindau. — Die Frau eines großen Dichters. Von G. A. Scartazzini. — Neue Kunstblätter. Von W. Lubbe. — Ein deutsches Handelsmuseum. Von D. v. Schorn. — Aus der Hauptstadt: Aus dem Concertsaal. Von H. Krieger. — Die Humboldt-Akademie. Von h. — Notizen. — Offene Briefe und Antworten.

Nr. 7 der „Social-Correspondenz“ herausgegeben von Dr. Victor Böhmer und Arthur von Studnik in Dresden, enthält die Artikel: Neues System einer Spar- und Versorgungskasse für Arbeiter. — Lebensversicherung. — Socialismus und Wunderglaube. — Freiwillige Armenpflege. — Ein Wort über die Krisis. — Ein nothleidender Arbeiter.

Dresden, 23. Februar. [Der Verwaltungsrath der Sächsischen Bank] hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, der zum 17. März d. J. einberufenen General-Versammlung für das Jahr 1878 eine der vorjährigen Dividende gleiche Dividende von 5% pCt. vorzuschlagen.

Breslau, 24. Febr., 9 1/2 Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen fest, bei mäßigem Angebot Preise zum Theil höher.

Weizen, in sehr fester Stimmung, pr. 100 Kilogr. schlesische weisse 13,60 bis 16,00—17,20 Mark, gelber 13,40—15,70 bis 16,60 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt. Roggen, feine Qualitäten gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 10,30 bis 11,20 bis 11,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste, bei schwächerem Angebot preisfallend, pr. 100 Kilogr. 11,50 bis 13,40 Mark, weisse 13,30—14,20 Mark. Hafer ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 9,40—10,00—10,60 bis 12,00 Mark. Mais gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 9,80—10,50—10,80 Mark.

Erbsen vernachlässigt, pr. 100 Kilogr. 11,60—12,80—14,00—14,80 Mark, Victoria 14,80—16,30—17,50 Mark. Bohnen ohne Frage, pr. 100 Kilogr. 15,50—16,50—18 Mark. Lupinen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,50—7,80—8,10 Mark, blaue 7,30—7,60—8,00 Mark.

Widen mehr angeboten, pr. 100 Kilogr. 10,40—11,00—11,60 Mark. Delfaaten gut gefragt. Schlaglein in fester Stimmung. Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat ... 23 — 22 — Wintererbsen ... 24 75 23 — 22 — Wintererbsen ... 24 25 22 50 21 50 Sommererbsen ... 24 50 23 — 21 50 Leinbotten ... 19 50 18 50 17 50

Kapstücken ruhig, pr. 50 Kilogr. 6,30—6,60 Mark. Leinwollen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 8,10—8,50 Mark. Kleeamen gute Kaufzeit, rother sehr fest, pr. 50 Kilogr. 33—36 bis bis 40—43 Mark, weisser unverändert, pr. 50 Kilogr. 39—50—54—60 Mark.

Leinwolle ruhig, pr. 50 Kilogr. 15,00—18,00—19,50 Mark. Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 24,00—26,00 Mark, Roggen fein 19,00—20,00 Mark, Hausbrot 17,50—18,50 Mark, Roggen-Futtermehl 8—9 Mark, Weizenkleie 7,00—7,50 Mark.

Heu 2,40—2,80 Mark pr. 50 Kilogr. Heugestroh 16,50—19,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr. Berlin, 22. Febr. [Vereinigte Königs- und Laurahütte.] In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrathes der „Vereinigte Königs- und Laurahütte“ wurde mitgeteilt, daß die Werke der Gesellschaft im ersten Semester des laufenden Geschäftsjahres vom 1. Juli bis 31. December 1878

ausreichend beschäftigt waren, so daß die Production hinter der eines entsprechenden Zeitraumes des Vorjahres nicht zurückgeblieben ist. Bei dem weiteren Rückgang der Preise, besonders in Eisen- und Stahlartikeln gestaltete sich jedoch die Baareinnahme, sowie der Gewinn aus dem Geschäft gering. Der letztere beziffert sich für das 1. Semester 1878/79 auf die Summe von 569,800 M. Ultimo December lagen ca. 450,000 Ctr. Bestellungen auf Eisen und Stahlwaaren vor, die Steinkohlen fast zu den früheren Preisen für das ganze Jahr begeben.

Berlin, 22. Februar. Spiritus loco ohne Faß 51,6 M. bez., per April-Mai 52,3 M. bez., per Mai-Juni 52,4 M. bez., per Juni-Juli 53,3 M. bez., per Juli-August 54,3 M. bez., per August-September 54,7—54,8 M. bez., per Februar 51,3 Mark nom., per Februar-März 51,3 Mark nom. Gel. — Liter. Kündigungspreis — Mark.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten. (N. L. V.) Paris, 23. Februar, Abends. [Boulevard-Verkehr.] 3% amortisirbare Rente —, 3% Rente 77,00, Anleihe von 1872 110, 75, Lärten 12,40, Spanien ester. 13%, do. inter. —, neue Egypter 246, 87, Chemins d'Egyptiens —, Lärtenlose —, Banque ottomane 491, 25, Italiener 76, 15, österr. Goldrente 66%, ungar. Goldrente 73%, 1877er Russen 88%, Bewegt.

Berlin, 23. Febr., Nachm. 1 Uhr 15 Minuten. [Privatverkehr.] Creditactien 412,00—415,00—414,00, Franzosen 434,50—433,50, Lombarden 117,00, 1860er Loose —, österr. Papierrente 54,90, do. Goldrente 65,90, do. Silberrente —, ungarische Goldrente 73,50, Italiener 76,10, Lärten —, 1877er Russen 86,50—86,25, zweite Orient-Anleihe 58,25—58,10, russische Noten per ultimo 202,00—202,25—201,75, Rumänier 29,25, Köln-Mindener Bahn 105,50, Bergisch-Märkische Bahn 78,40—78,25, Rheinische Bahn 107,75, Berlin-Stettiner Bahn —, Galizier 96,75, Oberschlesische Bahn —, Disconto-Commandit 134,00—133,40, Deutsche Bank —, Darmstädter Bank —, Reichsbank —, Laurahütte 65,50, Siberia und Shamrod 64,75, Luftlos. Speculationswerthe schwankend, Bahnen geschäftslos.

Radbörse fest. Creditactien 415,00, Disco-Commandit 133,75. Frankfurt a. M., 23. Februar, Nachm. [Effecten-Societät.] Wiener Wechsel —, Goldrente 65%, Silberrente 55%, Papierrente 55, ungar. Goldrente 73%, 1877er Russen 86%, Darmst. Bank 119, —, Oesterr.-ungar. Bank —, Creditactien 207, Böhmische Westbahn 145, Elisabethbahn 147, Galizier 193%, Nordwestbahn 100%, Franzosen 216%, Lombarden —, 1860er Loose 112%, 1864er Loose —, Amerikaner de 85 —, Meiningener Bank —, Hess. Ludwigsb., —, ungar. Staatsloose 158 1/2, do. Schaum., alte —, do. de. neue —, Reichsbank —, II. Orient-Anleihe 58%, Riemlich fest.

Berliner Börse vom 22. Februar 1879.

Fonds- und Geld-Course. Deutsche Reichs-Anl. 96,30 bz, Sonnelidre Anleihe 105,60 bzG, do. do. 1876 96,20 bzB, Staats-Anleihe 91,30 bz, aach. Schulschuldversch. 150,75 bz, Präm.-Anleihe v. 1855 102,50 bz, Berliner Stadt-Oblig. 101,90 bz, Pommersche 85,25 G, do. do. 96,00 bz, do. do. 100,00 G, do. Ländsch.Ord. 85,00 bz, Posenische neue 85,00 bz, Schlesische 85,00 bz, Landschaft Central 85,20 bzG, Kur- u. Neumark. 85,20 bzG, Pommersche 85,20 bzG, Posenische 85,20 bzG, Westfal. u. Rheinl. 85,20 bzG, Sächsische 85,20 bzG, Sächsische Präm.-Anl. 123,60 bz, Baderische 4% Anleihe 125,25 bz, Oest.-Mind.-Prämiesch 119,00 bzG,ächs. Rente von 1876 3 75,60 bz

Wechsel-Course. Amsterdam 100 Fl. 168,25 bz, do. do. 168,35 bz, London 1 Lstr. 20,316 bz, Paris 100 Frca. 81,00 bz, Petersburg 100 SR. 203,90 bz, Warschau 100 SR. 201,30 bz, Wien 100 Fl. 174,40 bz, do. do. 173,25 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien. Divid. pro 1877/1878 18,25 bzG, Aachen-Mastricht. 3 1/2 — 4 78,40 bz, Berg.-Märkische 3 1/2 — 4 85,75 bz, Berlin-Anhalt 5 1/2 — 4 8,40 bz, Berlin-Dresden 0 — 0 8,40 bz, Berlin-Görlitz 0 — 0 8,40 bz, Berlin-Hamburg 11 1/2 — 4 179,00 bzG, Berl.-Potsd.-Magdb. 3 1/2 — 4 81,00 bz, Berlin-Stettin 7 1/2 — 4 98,00 bz, Böhm. Westbahn 5 — 5 73,00 bzG, Bresl.-Freib. 2 1/2 — 4 64,50 bz, Brel.-Mindener 6 1/2 — 4 180,00 bz, Dux-Bodenbach 9 1/2 — 4 19,00 bzG, Gal. Carl-Ludw. 9 1/2 — 4 97,25 bz, Halle-Sorau-Gub. 0 — 4 16,10 bz, Hannover-Altenb. 0 — 4 13,75 bz, Kaschau-Oderberg 4 — 4 45,75 bz, Kronpr. Rudolfs 5 — 5 62,00 bzG, Ludwigs-Bech. 9 — 9 182,00 bz, Märk.-Posener 0 — 4 22,50 bz, Magdeb.-Halberst. 8 — 8 123,75 bz, Mainz-Ludwigs 5 — 5 67,50 bz, Niederschl.-Märk. 4 — 4 97,00 G, Oberschl. A. C. D. E. 8 1/2 — 3 1/2 123,10 bz, do. B. 8 1/2 — 3 1/2 117,50 bz, Oesterr.-Fr. St.-B. 6 — 4 43,50 bz, Oest.-Süd. (Lomb.) 4 — 4 117,00 G, Ostpreuss. Südb. 0 — 4 42,80 bzG, Rechte-O.-U.-B. 6 1/2 — 4 109,40 bzG, Reichenberg-Par. 4 — 4 36,50 bzG, Rheinische 7 — 7 107,50 bz, do. Lit. B. (4% gar.) 4 — 4 94,30 bz, Rhein-Nahe-Bahn 0 — 4 9,25 bzG, Rumän. Eisenbahn 2 — 4 28,50-29,50 bz, Schweiz Westbahn 0 — 4 15,80 bzG, Stargard-Posener 4 1/2 — 4 101,30 bzG, Thüringer Lit. A. 7 1/2 — 4 115,90 bzG, Warschau-Wien. 5 — 4 175,90 bz

Hypothek-Certifikate. Gruppische Partial-Obl. 108,50 bzG, aach. Pf. d. Pr. Hyp. B. 4 1/2 95,00 G, do. do. 102,00 bzG, Deutsche Hyp. B.-Pf. 4 1/2 94,20 G, do. do. 100,75 bzG, Kind br. Cent.-Bod.-Cr. 4 1/2 100,25 bz, inkünd. do. (1878) 5 107,70 bzG, do. rückab. d. 110 5 59,00 bz, Jak. H. d. Pr. Bd.-Cr. B. 5 — — — —, do. III. Em. do. 5 100,10 bzG, Kündb. Hyp. Schuld. do. 5 100,00 G, Hyp.-Anth. Nord-G.-C. B. 5 95,25 G, do. do. Pfandb. 5 91,50 G, Pomm. Hyp.-Briefe 5 90,00 bzG, do. do. II. Em. 5 89,00 G, doth. Präm.-Pf. I. Em. 5 108,40 bz, do. do. II. Em. 5 106,90 B, do. do. Präm. r. m. 110 5 99,75 bzG, do. 4 1/2 do. m. 110 4 1/2 92,75 bzG, Meining. Präm.-Pf. 5 110,50 G, rüd. d. Oest.-Bd.-Cr. 5 106,25 atbz, schles. Bodencr.-Pf. 5 106,20 B, do. do. 4 1/2 96,25 G, Südd. Bod.-Cred.-Pf. 5 103,40 B, do. do. 4 1/2 98,70 G

Ausländische Fonds. Oest. Silber-R. (1. 1/2) 4 1/2 55,40 bz, do. 1. 1/2 55,40 bz, do. Goldrente 4 66,90-65,80bz, do. Papierrente 4 1/2 54,90 bz, do. 54er Präm.-Anl. 4 104,50 G, do. Lott.-Anl. v. 69 5 111,75 bz, do. Credit-Loose 5 fr. 21,90 bzB, do. 64er Loose 5 fr. 147,90 bz, do. do. 1866 5 147,90 bz, do. Orient-Anl. v. 1875 5 88,10 bz, do. II. do. v. 1875 5 74,75 bz, do. Cent.-Bod.-Cr. Pf. 5 76,50 bz, Russ. Präm. Schatz.-Obl. 4 81,50 bzG, Belg. Präm. III. Em. 5 62,49 bz, Belg. Liquid.-Pfandbr. 4 55,75 bz, Amerik. rücks. p. 1881 6 193,50 G, do. do. 1885 6 — — —, do. 5% Anleihe 5 162,40 G, Ital. 5% Anleihe 5 76,40 bz, Ital. Tabak-Oblig. 5 102,75 bz, Saab-Grazer 100 Thlr. L. 4 75,75 bzG, Gemanische Anleihe 8 12,75 bz, Türkische Anleihe 5 fr. 73,00 bz, ungar. Goldrente 6 73,00 bz, do. Loose (M. p. St.) 5 156,25 bz, Eng. 5% St.-Eisen-Anl. 5 75,90 bzB, do. Schatzanw. 5 — — —, do. do. II. Abth. 6 103,00 G, Schwedische 10 Thlr.-Loose 4 49,20 bz, Finnische 10 Thlr.-Loose 4 49,20 bz, Türken-Loose 49,19 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Berg.-Märk. Serie II. 4 1/2 100,75 B, do. III. v. St. 3 1/2 56,90 B, do. do. VI. 4 1/2 104,20 B, do. Hess. Nordbahn. 5 102,40 B, Serbien-Görlitz 4 1/2 95,25 bz, do. do. C. 4 1/2 86,00 bzB, Bresl.-Freib. Lit. E. F. 4 1/2 — — —, do. Lit. G. 4 1/2 99,25 bzG, do. do. H. 4 1/2 97,25 G, do. do. J. 4 1/2 97,25 bz, do. do. K. 4 1/2 96,90 bz, do. von 1876 5 102,70 bz, Oest.-Mindener Lit. A. 4 1/2 93,75 B, do. Lit. B. 4 1/2 101,50 B, do. Lit. C. 4 1/2 95,00 B, do. Lit. IV. 4 1/2 — — —, Salla-Sorau-Gub. v. 4 1/2 102,16 bzG, Hannover-Altenbeken 4 1/2 98,50 bzB, Märkisch-Posener 5 100,30 bzG, N.-M. Staatsb. I. Ser. 4 97,50 B, do. do. II. Ser. 4 95,50 G, do. do. Obl. I. u. II. 4 97,00 G, do. do. III. Ser. 4 95,50 G, Oberschles. A. 4 — — —, do. B. 3 1/2 — — —, do. C. 4 1/2 97,80 G, do. D. 4 1/2 93,50 G, do. E. 4 1/2 87,00 G, do. F. 4 1/2 — — —, do. G. 4 1/2 — — —, do. H. 4 1/2 101,20 bz, do. von 1869 5 101,25 bzG, do. von 1874 4 1/2 93,30 G, do. von 1874 4 1/2 106,00 G, do. Brieg-Neisse 4 1/2 — — —, do. Oeser-Oderb. 4 1/2 — — —, do. do. 5 102,90 bz, do. Stargard-Posen 4 1/2 — — —, do. do. II. Em. 4 1/2 109,25 bzG, do. do. III. Em. 4 1/2 100,25 G, do. Nördsch. Zw. B. 3 1/2 — — —, Jettepreuss. Südbahn 4 1/2 99,90 bzB, Rechte-Oder-Über-B. 4 1/2 101,75 bz, schlesw. Eisenbahn 4 1/2 100,75 G, Var.-Bodenbach 5 fr. 63,50 G, do. II. Emission 5 fr. 55,25 bzG, Prag-Dux 5 fr. 21,4 G, Sal. Carl-Ludw.-Bahn 5 87,10 bzG, do. do. neue 5 86,50 G, Kaschau-Oderberg 5 61,75 bzG, Ung. Nordostbahn 5 59,30 bzG, Ung. Ostbahn 5 53,25 bzG, Gemburg-Czerowitz 5 67,50 bzG, do. do. II. 5 69,30 bz, do. do. III. 5 63,70 bzG, do. do. IV. 5 58,50 G, sächsische Grenzbank 5 53,70 bz B, sächs.-Schl. Centralb. 5 fr. 18,80 G, do. do. 5 fr. — — —, Kronpr. Rudolfs-Bahn 5 67,20 bzG, Jettsterr.-Französisch. 3 349,50 B, do. do. II. 3 — — —, do. südl. Staatsbahn 3 247,70 bzG, do. do. neue 3 244,70 bzG, do. Obligationen 5 86,40 bzG, rumän. Eisen.-Oblig. 6 81,25 bzG, Warschau-Wien II. 5 98,75 B, do. III. 5 96,00 bzB, do. IV. 5 85,50 bz, do. V. 5 82,75 G

Bank-Papiere. Alg. Douz. Kass.-G. 2 — — 27,00 G, Anglo-Deutsche-Bk. 6 1/2 147,00 bzG, Berl. Kass.-v. v. 8 1/2 89,10 57,40 bz, Berl. Handels-Ges. 0 — 4 48,90 bzG, Berl. Pr.-u. Hdl.-B. 0 — 4 80,50 bzG, Braunsch. Bank 3 — 4 68,50 bz, Bresl. Disc.-Bank 3 — 4 73,00 bzG, Bresl. Wechselb. 5 1/2 — 4 70,00 bz, Coburg. Cred.-Bnk. 5 — 4 105,50 B, Danziger Priv.-Bk. 0 5 1/2 119,50 bzG, Darmst. Creditb. 6 1/2 100,0 G, Darmst. Zettelb. 5 1/2 101,90 bzG, Deutsche Bank 6 — 4 163,50 B, do. Reichsbank 6 2 1/2 83,30 bzG, do. Hyp.-B. Berlin 7 1/2 139,25 bz, Disc.-Comm.-Anth. 5 — 4 154,10-34,90, do. alt. 5 — 4 89,40 bzB, Genossensch.-Bnk. 5 1/2 — 4 95,50 bzG, Goth. Grundb.-Bk. 8 1/2 — 4 88,75 bzG, do. Junge 8 1/2 — 4 94,75 bzG, Hamb. Vereins-B. 10 1/2 7 1/2 121,50 G, Haanver. Bank 6 1/2 101,60 bzG, Königsb. Ver.-Bnk. 5 6 4 83,50 G, Lndw.-B. K. Witteck. 4 — 4 62 G, Leipz. Cred.-Anst. 5 1/2 116,90 bz, Luxemburg. Bank 6 1/2 107,25 G, Magdeburger de. 5 1/2 110 B, Meining. de. 2 1/2 74,00 bzG, Nordd. Bank 5 1/2 84 1/2 137,50 G, Nordd. Grundr.-B. 3 4 4 76,50 G, Oest. Cred.-Actien 5 1/2 4 414,4-18-14 1/2, Posener Pr.-Bk. 6 1/2 4 163,10 G, Pr.-Bd.-Cr.-Act. 6 1/2 4 72,50 bz, Pr. Cent.-Bod.-Crd. 5 1/2 4 116,50 bzB, Sächs. Bank 5 1/2 4 104,25 bzB, Schl. Bank-Verein 5 4 4 87,00 bzG, Weimar. Bank 0 — 4 33,90 bzG, Wiener Unionb. 3 1/2 — 4 128 G

In Liquidation. Berliner Bank 4,00 G, Berl. Bankverein 27 G, Berl. Wechselb.-B. 21,50 G, Centralb. u. Gen. 21,50 G, Deutsche Unionb. 107,25 G, Gw. Schuster-C. 62,00 bzG, Moldauer Lds.-Bk. 75,00 bz, Ostdeutsche Bank 107,25 G, Pr. Credit-Anstalt 62,00 bzG, Sächs. Cred.-Bank 107,25 G, Schl. Vereinsbank 62,00 bzG, Thüringer Bank 75,00 bz

Industrie-Papiere. Berl. Eisen.-Bd.-A. 4 fr. 7,50 bzB, D. Eisenbahn-G. 0 — 4 11,70 bzB, do. Reichs-u.-C. B. 4 — 4 26,50 bzG, Märk. Sch. Maschf. G. 4 — 4 47,80 G, Nordd. Commfab. 4 — 4 0,35 G, Westend. Com.-G. — — — — —, Fr. Hyp.-Vers.-Act. 8 — 4 81,10 bzG, Sch. F. Feuersvers. 25 — 4 87,50 bzB, Donnersmarkhütt. 3 — 4 25,00 G, Dortm. Union 0 — 4 7,50 bzG, do. abgest. 0 — 4 23,50 G, König- u. Laurah. 2 — 4 60,00 bzB, Lauchhammer 3 — 4 23,50 G, Marienhütte 3 — 4 42,75 bzG, Cons. Bodenb. 4 — 4 60 bz G, Schl. Kohlenwerke 0 — 4 8,75 bzG, Schl. Zinkh.-Actien 6 1/2 — 4 77,75 bz, do. St.-Pr.-Act. 6 1/2 — 4 90,60 bz, Tarnowitz. Bergb. 0 — 4 42,00 bzB, Vorwärtshütte 0 — 4 5,00 B, Baltischer Lloyd 0 — 4 5,00 G, Bresl. Bierbrau. 0 — 4 — — —, Bresl. E.-Wagen 1 — 4 53,75 bzG, do. ver. Oelfabr. 5 — 4 61,00 bzB, Erdm. Spinnerie 5 — 4 17,90 G, Görlitz. Eisen-B. 4 — 4 62,50 B, Hoffm. Wagg-Fabr. 0 — 4 18,50 G, O.-Schl. Eisen-B. 0 — 4 30,90 bzG, Schl. Leinwand. 4 — 4 65,50 bzG, do. Porzellan 1 1/2 — 4 27,00 G, Wilhelmsb. MA. 0 — 4 17,50 bzG

Bank-Discont 4 pCt, Lombard-Zinssuss 5 pCt.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau. Februar 22., 23. Nachm. 2 U. Abends 10 U. Morgens 6 U. Luftwärme + 4°, 324°/78, 326°/80, 326°/84, Luftdruck bei 0° 2°/61, 1°/80, 1°/65, Dunstgrad 70 pCt., 95 pCt., 95 pCt., Dunstfättigung SW. 1. NW. 2., Wind W. 1. W. 3., Wetter trabe. bedeti. W. Sch. bedeti. Ncht. Sch.

Februar 23., 24. Nachm. 2 U. Abends 10 U. Morgens 6 U. Luftwärme + 0°, 324°/86, 321°/33, 322°/95, Luftdruck bei 0° 2°/68, 2°/29, 1°/30, Dunstgrad 98 pCt., 95 pCt., 66 pCt., Dunstfättigung ND. 2. ED. 4., Wetter Schnee. bedeti. wolfig.

Breslau, 24. Febr. [Wasserhand.] D.-B. 5 M. 22 Cm. U.-B. 1 M. 32 Cm.

Nach längeren Leiden entschlief heut Nacht 1 Uhr unser geliebter guter Gatte, Vater, Schwiegervater, Bruder und Schwager, der Brauermeister Franz Ferdinand. Um stille Theilnahme bitten [2119] Die Hinterbliebenen. Tillowitz, den 23. Februar 1879.

Stadt-Theater. Montag, den 24. Februar. 15. Vorstellung im Februar-Abonnement. „Robert der Teufel.“ Große Oper mit Tanz in 5 Acten. Musik von Meyerbeer.

Lobe-Theater. Montag, den 24. Febr. 3. letzten M.: „Uarda.“ Großes Ausstattungsschauspiel in 8 Bildern. Nach dem gleichnamigen Roman v. Georg Ebers, bearbeitet von Carl Ludwig.

Dr. König's Klinik für Hautkrankheiten etc. [2095] Breslau, Gartenstrasse 46c.

Visitenkarten, per 100 2, 3 und 4 Mark, Verlobungsanzeigen, 50 Stück 5—6 Mk., Monogramme, Einladungskarten zum Souper, Diner u. s. w., Tischkarten, neueste französische Dessins, Ballorden und Touren, à Dtd. 1, 2, 3, 6 Mk., Knallbombs, mit scherzhaften Überraschungen, Cotillon-Geschenke, à Dtd. 6, 12 und 18 Mk., empfiehlt die Papier-Handlung von N. Raschkow jr., [2913] Hoflieferant.

Berliner Börsen-Courier. Einmonatliches Abonnement nur 2 Mark. [2706] Abendblatt: Rascheste Morgenblatt: Politische Zeitung. Pikantes, ausserordentlich interessantes Feuilleton. Auf allen Gebieten die neuesten Nachrichten mit einer von einem anderen Blatte kaum erreichten Schnelligkeit. Neu hinzutretende Abonnenten erhalten vom Tage des Abonnements gegen Einsendung der Quittung an die Expedition (Mohrenstrasse 24, W.) die Zeitung bis 1. März gratis und franco zugestellt.

Ein junger Mann, der das Getreide- und Colonialwaarengeschäft gründlich versteht, der einfachen Buchführung und der polnischen Sprache, der einfachen und doppelten Buchführung mächtig ist, u. dem gute Referenzen zur Seite stehen, sucht per bald oder per 1. April dauernde Stellung. [683] Offerten bitte unter Ltr. L. S. 52 postlagernd Königsbütte niederzulegen.

Ein Ziegelmeister, welcher seit 5 Jahren in einer großen Dampfziegelei noch thätig ist, alle in dieses Fach schlagende Arbeiten von Grund aus versteht und dem guten Zeugnisse über seine Leistungsfähigkeit zur Seite stehen, sucht per 1. April c. anderweitige Stellung. [2750] Gefällige Offerten sind an Herrn S. Krause in Oppeln zu richten.

Als geübte Pugschmagerin empfiehlt sich in und außer dem Hause Ida Drücke, Stodgasse 28, 2. St. [599] Off. erbittet unter P. O. Grottkau.

Reitpferd, arabisch, 2 1/2, 5 1/2 Jahr alt, flott und sicher, fehlerfrei und fromm, ist preiswürdig zu verkaufen. [599] Off. erbittet unter P. O. Grottkau.

die Conditorei u. Chocol.-Fabrik von A. St. Kirscht, Königsplatz Nr. 7.

Pferdescheeren, sowie das Schleifen derselben billigt bei C. Meyer, Schweidnitzerstr. 54. [2512]

ASTHMA Indische Cigaretten von Grimault & Co., Apotheker in Paris. Es genügt, den Rauch dieser Cigaretten aus dem indischen Hanf (Cannabis indica) einzuzathmen, um die quälendsten Anfälle von Asthma, nerbösen Husten zu bekämpfen; auch gegen Heiserkeit und Schlaflosigkeit ist dieses Mittel oft die überaus wirksamen Wirkungen. Jede Cigarette trägt die Firma Grimault & Co. [1450] Depot in Breslau bei Herrn F. Götz, Aestulap-Apothek.

Silesia, Verein chemischer Fabriken. Unter Gehalts-Garantie offeriren wir die bekannten Dünger-Präparate unserer Fabriken zu Saarau, Breslau und Merzdorf, sowie die sonstigen gangbaren Düngemittel. Proben und Preis-Courants auf Verlangen franco. Bestellungen bitten wir zu richten an unsere Adresse entweder nach Saarau, Breslau (Schweidn. Stadgr. 12) oder nach Merzdorf (a. d. Schles. Geb.-B.). [3018] Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graf, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.